INTERIM

auswärts 2,50 DM

Wöchentliches Berlin-Info

2 DM

Nr. 147

16. Mai 1991



Packt ein!
sollte eigentlich noch unter dem Titelphoto stehen. Das hat nicht geklappt. Aber es wird auch so deutlich, daß die Gewerkschaften immer mehr Integrationsfähigkeit einbüßen. Hoffentlich verkriechen sie sich nächstes Jahr wieder in geschlossenen Hallen.

Im Heft findet ihr einige Nachbereitungspapiere zum 1. Mai. Hervorheben wollen wir die Stellungnahme zur RIM. Das Papier war überfällig und wir freuen uns auf die Fortsetzung.

Auch die Interim-Kritik fi
nehmen die Kritiken der
wenn sich das nicht immer
einmal angedeutet, befinden
Diskussionsprozess über die
dem Sommer ein paar grund
Herangehensweise sagen. Eine
Papiere aus dem Ordner nicht

In der neuen "Prowo" fanden
"autonomen KommunistInnen".
wir haben uns entschlossen,
Interview bezieht sich auch
in letzter Zeit in der
stehen nach wie vor zu un
das Papier der AKs (Nr. 141)
Denken aber im nachhinein,
öffentlicht zu kommentieren.
hohen Wogen, nicht aber zu
setzung über Stalinismus ge
wünscht und hoffen nun, daß
dazu liefert.

Vor einigen Wochen haben wir
Genossen unter anderem des
weil wir eine Stellungnahme
Londoner U-Bahnhöfe vermißt
reicht und ist im Heft.
aber nicht verkneifen: Wir
während der Hauptverkehrs
legen, und den Ausgang der
der Bullen zu legen. Ange
Politik der Herrschenden
IRA "auf alle zukünftigen
den" fast zynisch.

PS: Liebe Molche. Wir haben
Auslandsadresse einer be
schickt. Hoffentlich seid

Sowjetische Juden werden Berlin verlassen müssen

eid. **BERLIN/BONN.** Die während der Kriegswirrnisse aus Israel nach Berlin eingereisten sowjetischen Juden werden die Bundesrepublik verlassen müssen. Sie werden keine über die Sechs-Monats-Frist hinausreichende Aufenthaltsgenehmigung erhalten. Wie der Tagesspiegel aus zuverlässiger Quelle in Bonn erfahren hat, hat Bundesinnenminister Schäuble die Bitte der Berliner Verwaltung um eine „Einvernehmenserklärung" negativ beschieden.

„Das ist definitiv. Die Menschen müssen zurück nach Israel. Das ist eine endgültige Entscheidung, gegen die keine Rechtsmittel eingelegt werden können", hieß es aus dem Innenministerium. Der Berliner Innensenator Heckelmann (CDU) hatte am 3. April einen als „Chefschreiben" deklarierten Brief mit der Bitte an das Innenministerium geschickt, sich mit der Aufnahme der Menschen in die Kontingentregelung einverstanden zu erklären. Bis gestern abend hat die Berliner Innenverwaltung selber keine Antwort aus Bonn erhalten.

Von der Abschiebung bedroht sind 269 sowjetische Juden, die aus Angst vor Pogromen in der Sowjetunion die Ausreisemöglichkeit über Israel nutzten, um nach Berlin einzureisen. Gerade gestern hatte die christlich-jüdische Gesellschaft auf den „aggressiven Antisemitismus" in der Sowjetunion aufmerksam gemacht und an Politik und Gesellschaft appelliert, den Menschen in Deutschland ihre Hilfe zukommen zu lassen. Wie in Bonn zu erfahren war, hat massiver Druck von seiten der israelischen Regierung zu der Entscheidung Schäubles beigetragen.

ndet ihre Fortsetzung. Wir
letzten Wochen ernst, auch
so angehört hat. Wie schon
wir uns selbst gerade in einem
ses Projekt und werden noch vor
sätzliche Sachen zu unserer
erste Konsequenzist, daß wir
mehr kommentieren werden.

wir ein Interview mit den
Trotz interner Differenzen;
es zu dokumentieren. Das
auf Auseinandersetzungen, die
Interim gelaufen sind. Wir
serer politischen Entscheidung,
nicht abgedruckt zu haben.
daß es falsch war, es unver-
Unsere Polemik hat zwar zu
einer sachlichen Auseinander-
führt. Die hätten wir uns ge-
das Interview einige Ansätze

ein Interview mit einem IRA-
wegen nicht veröffentlicht,
zu den Bombenanschlägen auf
haben. Diese hat uns jetzt er-
Einen Kommentar können wir uns
halten es für politisch fatal,
zeit in U-Bahnhöfen Bomben zu
Aktion vollständig in die Hände
sichts der menschenverachtenden
wirkt die Stellungnahme der
Warnungen sollte reagiert wer-

eure Bastelanleitung an die
kannten radikalen Zeitung ge-
ihr einverstanden.

IMPRESSUM

Herausgeberin:
Interim e.V.
Gneisenaustr. 2 a
1000 Berlin 61

Redaktionsanschrift: s. o.

V.i.S.d.P.: Charlotte Schulz

Gesamtherstellung:
Eigendruck im Selbstverlag

ohne Kommentar im **Ordner:**
Beilage zur IRA-Stellungnahme
Wunsiedel Rundbrief
Radfahrer auf allen Straßen vereinigt euch

Inhalt:
3 - 11 1.Mai-Nachbereitung
12 Umstrukturierung Friedrichshain
14 noch 350 Tage ....
16 Radio 100
17 El Locco
18 Naziterror in Südwest
19 Antifademo in Gifhorn
20 20.4. Frankfurt/Oder
21 Interim-Kritik
22 Interview autonome KommunistInnen
23 zur Aktion gegen Opel-Fahrzeuge
24 Buchbesprechungen
26 Hausdurchsungen Nürnberg
27 Knastdemo Bochum
28 Infos zu Washington
30 Buchbesprechung
31 übern Tellerrand gelinst-
Netzwerk Friedenssteuer
32 politische Gefangene in Spanien
33 IRA-Stellungnahme
34 Anzeigen
5 diese jungen Leute...

Erste Stellungnahme des 1.Maiplenums zur RIM

Auf der revolutionären 1. Mai Demo ist es zu Auseinandersetzungen mit der RIM gekommen. Dazu wollen wir als Maiplenum, die die Demo vorbereitet haben etwas sagen. Da das Problem mit der RIM noch nicht sehr vielen Leuten bekannt ist, wollen wir einige Basisinformationen geben, damit es eben nicht nur ein Problem von einigen wenigen ist.

Grundlagen:
Die RIM ist eine klassische ML Partei, die sehr hierarchisch geführt wird. Es gibt Chefs, die das Sagen haben und Fußvolk das mitläuft. Die RIM bezeichnet sich slbst als maoistisch und teilt die Kritik Maos an Stalin (Verfehlungen in Bevölkerungspolitik u.a.m.), bezieht sich aber dennoch auch positiv auf Stalin, ("Genosse Stalin der trotz schwerwiegender Fehler ein Teil des Erbes der Revolution bildet"). Demzufolge haben sie auch auf ihren Transparenten vor allem Mao-Bilder, daneben aber auch Marx, Engels, Lenin, Stalin und Mao, die auch auf dem Titelblatt der RIM-Gründungserklärung abgebildet sind. Weitere Köpfe, die die RIM zeigt sind Gonzalo, der Führer der Kommunistischen Partei Perus /Sendero Luminoso.
Zu der RIM (Revolutionary Internationalist Movement = Revolutionäre Internationalistische Bewegung) gehören weltweit 15-20 Parteien und Gruppen, die Anzahl schwankt.
Hier in Berlin nennen sie sich Sympatisanten der Revolutionären Kommunisten, seit Anfang 91 nur noch Revolutionäre Kommunisten (BRD) oder kurz RK. Sie arbeiten hier zusammen mit der TKP/ML/Maoistische Parteizentrale (Es gibt noch mind. zwei andere TKPML Gruppen,(TKPML-Hareket, TKPML-Bolshevik) die hier nicht gemeint sind). Außerdem sind sie in Hamburg aktiv.
Andere bekanntere RIM-Gruppen sind die Revolutionary Comunist Party, USA, die auch eine Wochenzeitung herausgeben (Revolutionary Worker), die einigen linken Buchläden vertrieben wird.
In den letzten Monaten taucht die RIM verstärkt in Kneipen, auf Straßenfesten, Konzerten und Demos auf und agitiert. Dabei benutzen sie häufig einen Cassettenrecorder und ein Megaphon, wo sie Public Enemy Hits abspielen und dann Leuten anschließend versuchen in Gespräche z.B. über die Notwendigkeit von Revolution jetzt zu verwickeln.

Was bisher geschah
Nov 89 Conny Wissmann Spontan Demo am Kudamm.
Es gibt den Versuch der RIM ihre Stalin Transparente wegzunehmen, Der Versuch muß wegen der Bullenbedrohung abgebrochen werden.

19.12.89 Kiezdemo in Kreuzberg
Auf der VV davor wird die RIM aufgefordert keine Stalin Transparente mitzunehmen, worauf sie antworten "Wenn ihr uns die Transparente wegnehmen wollt, dann müßt ihr uns töten". Auf der Demo wurde ihnen dann zum ersten Mal dennoch das Stalin Transparent, das mit den 5 Köpfen, weggenommen.

1. Mai 1990
Es gab vom Maiplenum die Aufforderung an die RIM, keinen eigenen Lautsprecherwagen mitzubringen. Daran hielt sich die RIM nicht. Bei der Formierung der Demo schob sich die RIM fast ganz hinten vor den Kinderblock und dröhnte ihn voll. Da das einigen Leuten stank, wurde die RIM aufgefordert wenigstens eine Kindercassette die ihnen gegeben wurde abzuspielen. Das tat die RIM aber nicht.
(Auf dem Treffen mit der RIM vor dem 1.Mai 1991 behauptete dann ein RIM Typ, sie hätten damals vor einem Jahr auch eben diese Cassette gespielt. Da aber der Genosse anwesend war, der der RIM damals die Cassette gegeben hatte, konnte das sofort als Lüge entlarvt werden. Außerdem log die RIM, als sie behauptete, die Demoleitung hätte sie aufgefordert genau vor dem Kinderblock zu laufen) Im Ergebnis hieß das, daß auf dem Kinderblock echt miese Stimmung war, da dort eben nur die Propaganda der RIM zu hören war.

3.10.90: Deutschland halts Maul
Es gab die deutliche Aufforderung der Vorbereitungsgruppe, daß es nur zwei Lautsprecherwagen geben würde. Dies war der RIM bekannt, dennoch brachte sie ihren Lautsprecherwagen mit, dem noch auf dem Oranienplatz die Luft rausgelassen wurde. Zu Auseinandersetzungen kam es außer verbaler Anmache nicht.

8. März 91 Internationaler Frauentag
Hierzu wollen Frauen selbst noch was schreiben.
Auch hier gab es im Vorfeld Kontakte zur RIM. Die Bedingungen an die RIM waren, keine eigene Lautsprecheranlage, keine Typen auf oder an der Seite der Demo und keine Mao/Stalin oder ähnliche Transparente, wegen Führerkult und weil das Männer sind. Auf der Demo waren etwa 1500 Frauen, RIM Typen liefen außen mit. Es gab von Anfang an Diskussionen, daß die RIM ihren Generator ausmachen sollte. Die Analyse der RIM zum Patriarchat drückt sich in ihren Transpis aus "Entfesselt die Wut der Frauen als eine mächtige Kraft für die Revolution." Da die RIM Argumenten nicht zugänglich war, wurde der Generator ausgemacht, jetzt gingen RIM Typen in die Demo um das Ding zu reparieren. Es kam zu ersten Rangeleien. Später wurde das Transparent von der RIM runtergeholt. Wieder gingen RIM Typen in die Demo und es kam zu Handgreiflichkeiten. Die Bullen versuchten dann sofort, sich in die Demo reinzuprügeln. Zum Schutz der ausländischen (auch RIM) Frauen wurden Ketten gebildet und die Bullen kamen nicht rein. Am Ende war das Transpi weg, aber der Generator lief weiter. Die RIM Typen gingen bis zum Ende der Demo an der Seite mit.

20.4.91 Hitler Geburtstag, Antifa Genclik hatte zu 20.00 Uhr Kottbusser Tor mobilisiert. Dort sollte eine Kurzkundgebung gehalten werden. Das wurde auf einer VV vorher bekannt gemacht, wo auch die RIM anwesend war. Da die RIM aber schon zu 18.00 zum Kotti mobilisiert hatte, und an dem Tag ohnehin alle gespannt waren, was passieren würde, sprach sich dies schnell rum, so daß die Stimmung schon um 19.00 Uhr am kochen war. Um kurz vor 20.00 Uhr mußte dann losgegangen werden. Das bedeutete, daß viele Leute erst gar nicht mitkommen konnten, zumal auch niemand wußte wohin es geht. Viele kamen zu spät. Wichtig ist hier aber, daß es keine Kundgebung wegen des Verhaltens der RIM geben konnte. Diese wäre aber wichtig gewesen, um zu erklären warum an diesem Tag und wie usw.

1. Mai 1991
Die RIM war trotz Aussprache mit dem Maiplenum, trotz der Aufforderung von zwei Vollversammlungen nicht bereit, auf ihre Stalinköpfe und ihren Lautsprecherwagen zu verzichten. Es wurde im Ansatz eine Stalinismusdiskussion geführt, die aber die nichts als die politische Verschiedenheit auf den Tisch brachte, Auffällig war, daß die RIM sich dieser politischen Diskussion immer wieder durch im wesentlichen gleichartige Phrasen (Der 1.Mai gehört dem Proletariat, den Massen, die Demo soll laut und bunt werden usw) zu entziehen versuchte.
Auf der letzten Vollversammlung vor dem 1.Mai am 29.4. kam es dann zum Eklat. Die RIM war mit mehreren Leuten auf der VV. Eine inhaltliche Diskussion war hier nicht mehr möglich und war auch von uns nicht mehr gewollt. Der RIM wurde nochmal deutlich gesagt, daß das Mitbringen ihres Lautsprecherwagens eine Gefährdung der Demo bedeuten kann, da die Lautsprecherwagen für die Demo eine wichtige Funktion haben, um auch in brenzligen Situationen einheitlich reagieren zu können. Die Diskussion wurde abgebrochen, nochmals mit der Forderung 1) keine Stalintransparente, 2) kein eigener Lautsprecherwagen. Wenn das eingehalten wird, sind sie willkommen auf der Demo, wie alle anderen auch.

Am 1.Mai hatte die RIM keinen eigenen Lautsprecherwagen, sondern einen Mietwagen von Robben und Wientjes. Sie bauten sich bereits ab 11.00 Uhr in der

Nähe des Wagens auf. Um etwa 12.00 Uhr begannen sie mit dem Aufbau ihrer Lautsprecheranlage. Einige GenossInnen von uns bauten sich vor der RIM auf, da klar war, daß deren Lautsprecherwagen nicht mitfährt. Es gab Anfangs kleinere Rangeleien, die RIM wurde mehrmals aufgefordert das Ding stehen zu lassen. Kritisch war die Situation als die Bullen unseren ersten Lautsprecherwagen nicht auf die Demo lassen wollte. Der Kontaktbulle meinte, da sind doch schon zwei. Die Demoleitung ging darauf aber nicht ein.
Die Rangeleien wurden heftiger, das Transparent mit den 5 Köpfen wurde der RIM weggenommen. Dabei benutzten mind. zwei RIM Typen TaekwonDo Tritte gegen Genossinnen, die das Ding in den Fingern hatten. Bei einer Gelegenheit zog eine RIM Frau ein Messer gegen eine Genossin von uns und bedrohte sie mit den Worten "Dich kriegen wir noch" in der Hektik gelang es wohl einen Reifen von dem Wagen plattzumachen. Vorne am RIM Wagen wurde die Auseinandersetzung heftiger, davbei taten sich einige jüngere RIMler immer wieder hervor, die von den Großen aber dann zurückgepfiffen wurden.
Ein RIMler fotografierte GenossInnen von uns, worauf ihm gesagt wurde, daß jetzt gleich die Kamera kaputt geht. Der Typ verdrückte sich.
Zweimal prügeltenen Rimler mit Holzstöcken auf uns ein. Besonders ätzend waren die sexistischen Kommentare von einige RIM Typen zu Genossinnen von uns ("Fick Dich ins Knie, alte Votze" u.a.m.). Zweimal kam es von unserer Seite zu heftigen Angriffen mit Knüppeln, weshalb auch ein Genosse von uns von uns aufs Maul kriegte.
Ein Genosse von uns versuchte ein Mao Transpi runterzuhohlen, worauf er von einem RIM Typen mit einem spitzen Gegenstand in die Hand geschnitten wurde.
Als die Demo sich in Bewegung setzte blieb die RIM hinten mit einigen von uns. Eine richtige Prügelei hätte für die RIM schlecht ausgesehen, weil wir einfach mehr waren. Als klar war, daß das Stalin Transparent weg war und der Lautsprecherewagen fahruntüchtig ist, wurde die RIM aufgefordert sich jetzt der Demo anzuschließen, was sie dann auch taten. Einige von uns waren aber immer noch sauer auf die RIM und es gab noch kleinere Streitereien. Besondere Wut schienen die RIMler dabei auf Genossinnen von uns zu haben. Einer wurde von einem der RIM Chefs gesagt, sie sollte besser woanders gehen, da welche von den RIM Kids ziemlich drauf wären.
Ab Oberbaumbrücke hatte die RIM wieder ihre fünf Köpfe dabei, offensichtlich hatten sie noch ein Ersatztransparent.

Fazit:
Die Reden der RIM, daß wir alle zusammenhalten müssen, sind in der Realität nichts wert, da es nicht möglich ist mit ihnen irgendeine verbindliche Absprache zu treffen. Im Gegenteil riskiert die RIM sogar die Gefährdung einer ganzen Demo, indem sie offensiv vorher befaßte Beschlüsse unterläuft.Die RIM ist faktisch nicht an einer Einheit der Linken in dieser Stadt interessiert.

Wir denken zwar, daß es reicht, unser Verhältnis zur RIM vor allem an deren konkreten Verhalten in dieser Stadt zu messen, aber wir behaupten, daß das konkrete Verhalten der RIM aus deren politischer Ideologie erwächst. Daraus ergibt sich für uns auch die Notwendigkeit einer verstärkten Auseinandersetzung zum Stalinismus, wie auch das offenlegen der Ideologie der RIM.
Der Begriff Stalinismus, soviel können wir schon sagen, wird von uns unterschiedlich verwendet, Das reicht von der Gleichsetzung mit der Politik des Massenmordes, die Stalin praktiziert hat, über autoritäre Strukturen, die auch bei uns vorhanden sind, bis zu einer grundlegenden Kritik an Politik herrkömmlichen marxistisch-leninistischer Ausrichtung.
Demnächst mehr.

WIE WEITER UND WOHIN ?

Jetzt is'er nun wieder vorbei,der 1.Mai(Weihnachten der Linken).An der Zeit über den angestauten Frust,inhaltliche Differenzen und die Zukunft linksradikaler Politik zu diskutieren.Ein schaler Geschmack bleibt,wenn mensch an die Vorbereitung der 1.Mai-Demo denkt.Und nicht nur haben sich viele Menschen wegen der blödsinnigen Route aus der Vorbereitung ausgeklinkt.
Bis jetzt ist es nicht nachvollziehbar, wie es möglich war ,die Demo an den Brennpunkten vorbeizulenken, an den Symbolen und den Zentren, die stehen für Arbeitslosigkeit, Treuhand,Mieterhöhung,Hauptstadt,Olympiade,Militarismus, Rassismus, Abschiebung von AusländerInnen...
Warum hatten wir Angst vor den Menschen in der City? Am 3.10. hatten wir doch absichtlich die Route durch die City gelegt.Mit Erfolg!
Gerade das inhaltliche unkonkrete Rumgeeiere,Ausdruck unser momentanen Situation, und der Umgang mit kontroversem Politikverständnis war ein Grund für den Zustand vor dem 1.Mai und eine geringe Demobeteiligung aus Ost-Berlin. An Streitpunkten wie 1.Mai,RAF,Stalinismus,Stasi und der gesamtgesellschaftlichen Orientierungslosigkeit zeigt sich, daß die im Herbst/89 begonnenen Diskussionen zwischen Ost und West zu oberflächlich und einseitig geführt wurde.Um zusammen aus der gesellschaftlichen Bedeutungslosigkeit herauszukommen und Ansatzpunkte radikaler Politik zu bestimmen, müssen wir die Diskussion weiterführen. Dazu gehört auch Klärungn gemachter Fehler linker Politik im Westen, wie wir sie im Osten mitbekommen haben.

RAF

Die Auseinandersetzung mit dem Politikverständnis, die Mittel, Sinn und Auswirkungen der RAF-Praxis werden nicht wirklich offen und kritisch diskutiert. Für uns ist selbstverständlich, wenn aus Demos RAF-Sprüche gesprüht werden und in linken Zeitungen unkommentiert und ohne Kritik Bekennerschreiben veröffentlicht werden. Ist es, weil sich die Szene über jedes "Gekilltes Schwein" freut aber es politisch lieber nicht kommentiert.
Gibt es eigentlich noch einen anderen Grund für RAF-Anschläge außer Rache?
Der Anschlag auf Rohwedder zeigte wie viele Welten zwischen der RAF und den gegen die Treuhand im Widerstand stehenden OstbürgerInnen liegen. Das Attentat hat der Protestbewegung gegen die Treuhand den "Todesstoß" versetzt. Sicher gibt es dafür verschiedene Gründe, wie die durch " Gefühlsstau" eingebrannte "Gewaltfreiheits-Religion" und die Wirkung der bürgerlichen Medien. Wenn die RAF eine militärische Aktion, als Teil der Bewegung gegen die Treuhand durchführen wollte, was bezweifelt werden muß, hat sie genau das Gegenteil erreicht. Es muß gefragt werden, was will die RAF? Was hat sie, nach dem Zusammenbruch Osteuropas, für eine Vorstellung von einer freien Gesellschaft? Spätestens nach der "Einbürgerung" der RAF-AussteigerInnen in der DDR und deren Wohlgefallen an ihrem real existierenden. Arbeits- und Wohncloleben muß daran gezweifelt werden, daß sich ihre Vorstellungen nur annähernd mit unseren decken. Die Akzeptanz des DDR-Systems und der Null-Kontakt mit der linken Opposition in der DDR und die Aktionen und Theorie der "kämpfenden RAF" kann dazu führen die RAF als stalinistisch angehaucht zu bezeichnen.
Haben nationale(istische?) bewaffnete Gruppen wie IRA, ETA, PKK-...noch Rückhalt und Symphatie in Teilen der jeweiligen Bevölkerung, so ist die zur RAF mittlerweile fast gleich Null. Das Thema Stasi-RAF ist wohl der endgültige Knackpunkt für das Verhältnis zur RAF. Es wäre an der RAF dazu endlich ausführlich Stellung zu nehmen. Die Aufarbeitung kann doch nicht den bürgerlichen Medien überlassen werden. Nur dir RAF kann die Beschuldigungen entkräften, es sei denn es gibt nichts zu entkräften.

DDR-HULDIGUNG DURCH WESTAUTONOME/ANTIIMPS

Es geht nicht darum, die Anerkennung der DDR- Eigenstaatlichkeit zu kritisieren. Das war richtig, wie auch der Zusammenbruch voraussehbar war. Das Klammern an zwei deutsche Staaten war spätestens ab März 1990 nicht mehr nachvollziehbar.Die Behauptung, die Bevölkerung der DDR wäre Schuld an der Wiedervereinigung und hat die jetzige Situation so gewollt, ist arroganter Unsinn. Die These von der dummen, noch nicht reifen Bevölkerung haben wir 40 Jahre gehört, zur Legitimation eines Unterdrückungsapparates.
Seit Jahren stagniert die Befreiungs- und Unabhängigkeitsbewegung im Trikont, die nach Revolutionen errichteten Entwicklungsländer entwickelten sich in bürgerliche, kapitalistischen Armenhäuser oder diktatorische Regime. Von einem Zusammenbruch der kapitalistischen Weltwirtschaft kann nicht einmal mehr geträumt werden. Demgegenüber war der Zusammenbruch der staatskapitalistischen Länder im Osten nur noch eine Frage der Ökonomie und der Niederhaltung der Bevölkerung.

Mit dem Festhalten an dem Staatsgebilde DDR haben wir uns gegen den nachvollziehbaren Willen der hiesigen Bevölkerung gestellt und somit ins gesellschaftliche Aus.
Wie war das Verhältnis der Westlinken zur DDR vor 1989.Die Kritik des, in der DDR geborenen, Rudi Dutschke an den polit. Systemen im Osteuropa, die in der Bewegung Ende der Sechziger weit verbreitet war, scheint Anfang der Siebziger wieder versandet zu sein. Anders ist es nicht erklärbar, warum die radikale Linke des Westens in den letzten Jahren unreflektiert, unkritisch die DDR als nichtkapitalist-

ischen, gegen die BRD agierenden Staat angesehen haben. Nach dem Zusammenbruch der DDR setzt eine Aufwertung ein, die mit den wahren Zuständen nichts zu tun hat.
Die DDR war ein Staat, der mit den Kapitalisten paktierte, ein Staat der Linke ausschaltete, mit Knast, Berufsverboten e.c., kritische Menschen in Schach hielt, die Bevölkerung bespitzelt... . Ein Staat, der durch seinen Waffenhandel z.b. Mitschuld an der Vernichtung des kurdischen Volkes hat. Innenpolitisch - undemokratisch, frauenverachtend, militaristisch, totalitär
Außenpolitisch- verlogen, unsolidarisch,
Ein Staat der von einer machtbesessenen Clique beherrscht wurde. Das war bekannt und bei intensiven Kontakt mit DDR- Leuten vermittelbar.
Es sei, denn, es wurde nur Kontakt gepflegt mit Stützen des Staates, mit der SED, FDJ oder von ihnen gelenkten Ablegern. Teile der radikalen Linke der BRD/WB scheinen dies auch hinlänglich getan zu haben.
Statt mit der linken Opposition, der Sub-kultur, Jugendbewegung der DDR Kontakt aufzunehmen und über gemeinsame Strategien nachzudenken, fuhren lieber Menschen aus der Westberliner Antifa- und Antiimp-Szene und HafenstraßenbewohnerInnen in FDJ-Sommerlager oder in die SU, um mit staatl. ausgesiebten Komsomolzen am Lagerfeuer die Internationale zu singen. Es ist zu vermuten, daß die in Stasi- Akten aufgetauchten "Kontakte" zu Autonomen Gruppen aus Westberlin, Hamburg, Düsseldorf über solche " Urlaubsbekanntschaften" zurückzuführen sind.
Kontaktaufnahmeversuche Linker Zusammenhänge aus der DDR mit " Gleichgesonnenen" aus Westberlin, wie geschehen zur IWF- Aktionswoche, um gemeinsame Aktionen durchzuführen, scheiterten an Desinteresse und Skepzis gegenüber der DDR- Opposition. Als die Autonome-Antifa Berlin/ Ost zu westberliner Antifa- Gruppen Beziehungen aufbauen wollte kam aus Westberlin keine Resonanz. Die DDR als Antifaschistischer Staat! Da kann es keine linke oppositionelle

Antifa- Arbeit geben. Das Fascho- Skins unter Leitung eines Stasi- IM ein Punkkonzert in der Zionskirche überfielen, sei nur mal am Rande erwähnt und dies war kein Einzelfall.
Es gab auch erfreuliche Ausnahmen, wie die" Radikal", die ab und an Artikel über Ereignisse in der DDR abdruckte.
In der DDR- Opposition kam unweigerlich der Eindruck zustande, daß nur die GRÜNEN/ AL und ehemalige DDRler sich für die Entwicklungen in der DDR interessierten. Die Falscheinschätzung der DDR- Opposition und des DDR- Staatssystems resultiert aus einer kaum geführten Stalinismusdiskussion. Mit stalinistischen, also menschenverachtende, Gruppen kann es keine gemeinsamen Aktionen mehr geben. Egal aus welchem Land sie kommen.
Parolen, wie " Spaltung der Bewegung " oder " Gemeinsam gegen unsere Gegner " sind gefährlich, verhindern nur längst fällige Konsequenzen.

(seitens der Westlinken)

WAS WOLLEN WIR

Die radikale Linke in Ost wie West hat im Moment keine gesellschaftliche Relevanz, Null Einfluß auf Vorgänge in diesem Land und kaum Kontakt zur " Bevölkerung". Die Teilbereichkämpfe befinden sich kläglich in der Defensive. Themen wie Faschismus, Häuser und Mietenkampf, Rassismus, Patriachatsdiskussion, Sexismus, Antimilitarismus, Anti- AKWbewegung e.t.c. sind stecken geblieben wie auch der Aufbau unserer eigenen Strukturen.
Arbeitslosigkeit, sozialer Roll- Back, Mieterhöhung, Abschiebung von AusländerInnen, Zerschlagung der ostdreutschen Industrie und Landwirtschaft - außer einigen abgequälten Lippenbekenntnissen kommt dazu von uns nix. Die immer wieder beschworene "autonome Selbstorganisierung" und flexibles Agieren muß sicher ein wichtiger Teil unserer Politik bleiben . Wir müssen aber klarere Vorstellungen über den Weg und das Ziel unserer Politik entwickeln. Die Kapitalentwicklungen wie auch die Autonomiebestrebungen in Osteuropa und Trikont müssen neu analysiert werden.. Irgendwelche abstrakten Theorien und Wunschvorstellungen bringen uns nicht mehr weiter.
Das Versagen der DDR- Opposition bestand auch darin, über kommende ökonom. und gesellschaftlichen Entwicklungen keinen Schimmer gehabt zu haben. So schnell hatte die DDR- Opposition nicht mit dem Zusammenbruch gerechnet. Außer " Runder Tische" und Demonstrationen fiel der Opposition auch nix schlaues mehr ein. " Bewegung ist alles "- ist im Herbst 1989 gescheitert. Nach einem schönem Jahr wurde

begonnen, die fertigen Konzepte der Herrschenden in die Praxis umzusetzen. Praktikabele Alternativen im Teufelskreis Ökonomie-Bedürfnisbefriedigung-DM-Eigenstaatlichkeit-sozialistische Gesellschaftsentwicklung hatte die DDR-Opposition nicht zu bieten.
" Von der DDR-Opposition lernen heißt siegen lernen....!"
Was tun- außer wieder über autonome Destrukturen zu sinieren. Die linke Lebenskultur hat, nicht zuletzt durch die besetzten Häuser in Ostberlin, neue Nischen bekommen (die auch wichtig sind), aber zur Neuorientierung unserer Inhalte und Praxis reichen Kneipen, Info-Läden und Zeitungen nicht aus. Es ist an der Zeit alle Initiativen, Projekte, und inhaltliche Ansatzpunkte zusammenzubringen. Der Beginn dazu müsste über eine Art " Kongreß" geschehen. Andere organisatorischen Möglichkeiten sind schwer machbar und würden sich über einen zu langen Zeitraum in zu kleinen Gruppen ausdehnen.
Hoffentlich wird die Idee eines Kongresses mal ernsthaft diskutiert und nicht gleich abgeschmettert oder mit Nichtbeachtung bestraft.

KÄTHE KOLLWITZ (Berlin/Ost)

Einige Gedanken und Eindrücke zum diesjährigen rev.1.Mai

Dieses Papier soll keine grundsätzliche Kritik an der rev. 1. Mai-Demo darstellen, sondern wir wollen uns darin mit einigen Verhaltensweisen von Demoteilnehmern kritisch auseinandersetzen.

Kurz vor und auf der Oberbaumbrücke wurden von einigen Leuten aus der Demo heraus Kameraleute angegriffen.Dabei wurden nicht nur gezielt die Kameras beschädigt,sondern auch die Kameraleute geschlagen und gewürgt,wobei ein Typ-mackermäßig einen Hammer schwingend-besonders auffiel.
Es stellt sich uns die Frage,gegen wen hier eigentlich gekämpft wird? Wir kämpfen gegen einen autoritären und repressiven Staat und seine Büttel (Bullen und Justiz).Wir kämpfen natürlich auch gegen eine verlogene und staatstreue Presse.Wir machen allerdings einen Unterschied zwischen den Bullen,deren Job es ist, unseren Widerstand mit Gewalt zu brechen,und der Presse,die bei aller Manipulation und Verfälschung der Tatsachen in ihrer Heterogenität auch eine gewisse Öffentlichkeit unserer Aktionen herstellt.Daher halten wir es für ausreichend,die Kameras,die Bildmaterial von uns aufzeichnen,das dann vielleicht auch den Bullen zur Verfügung gestellt wird(werden muß),zu beschädigen. Aber die Leute dahinter tätlich anzugreifen,ist unnötig und politisch daneben.
Auf die von verschiedenen Seiten an ihrem Verhalten geäußerte Kritik reagierten die Leute mit Beschimpfungen und wurden sogar handgreiflich.
Wir halten es für notwendig,daß sich die Demo zu solchen Aktionsformen verhält,indem z.B. Kritik verbal geäußert wird,halten es aber für völlig sinnlos und gefährlich,uns untereinander zu beschimpfen und zu schlagen.
Mittlerweile müßte es sich doch in der Szene rumgesprochen haben,daß es im Gegensatz zu Sexshops,Spielhöllen und Supermarktketten keinen Sinn macht,kleine Einzelhandelsläden anzugreifen,weil diese wie wir von Wuchermieten,Umstrukturierung im Kiez etc. betroffen sind und oft genug um ihre Existenz kämpfen müssen.Zudem gab es eine Absprache mit den F`hainerInnen in ihrem Kiez überhaupt keine Läden "plattzumachen",da sie solche militanten Aktionsformen für schwer vermittelbar halten. Daher waren die Angriffe unnötig,denn sie haben die Falschen getroffen und waren gegen die Absprache,die auf der V.V. getroffen wurde.
Übrigens fanden wir es prima,daß einige entschlossene Leute der RIM die Luft rausgelassen Haben,und verhinderten,daß Stalintranspis getragen wurden.
Eine inhaltliche Diskussion darüber, ob wir mit der RIM und ihren Maofahnen nicht ebenso verfahren sollten, ist unbedingt noch zu führen.

einige Autonome

Vereint gegen das System ?!

Ost- und Westautonome on trauter Eintracht "volle Kanne gegen das System"... Doch die Bilder sind trügerischer Schein von spannungsgeladener Wirklichkeit.

An der Vorbereitung zum 1. Mai bewies sich die *alte revolutionäre Weisheit* von den verhehrenden Wirkungen nicht geführter Diskussionen.

Spätestens seit dem 3. Oktober weis es einE jedeR: beim "vereinten Kampf gegen das System" kann nicht von einer eintönigen Masse ausgegangen werden. Vor allem viele Ost-Autonome streuben sich gegen eine doppelte Vereinnahmung.

Sicher wir waren immer gern gesehen bei diversen VV's und Plenen... und wir waren anfangs auch ein wenig zurückhaltend... Doch das kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß eingeübte Verhaltensweisen und starre Bewertungsmuster für viele Ost- Autonome einen festen Rahmen, wenn nicht gar eine Grenze zur politischen Selbstfindung setzten.

Die daraus erwachsenden Widersprüche werden zwar erkannt, jedoch kaum in notwendiger Breite und Schärfe thematisiert. Die logische Folge dessen war die Situation zu Beginn der Mai- Vorbereitungen.

Der Vorschlag zwei Demonstrationen durchzuführen, konnte zwar zu Gunsten einer gemeinsamen Demo verdrängt werden, was blieb, waren die Probleme beim Zusammenführen verschiedener Realitäten.

Diese Schwierigkeiten durchzogen in Form von teils stark emotional geführten Diskussionen die gesamte Vorbereitung:

- Angefangen von der scheinbaren Unvereinbarkeit der Interessen ausländischer GenossInnen mit den im Osten relevanten Problemen
- über unterschiedliche Stalin-Bewertungs-Argumentationen

  [Der Versuch stalinistische Einflüße in Befreiungsbewegungen mit den konkreten Realitäten im Trikont zu erklären, stößt natürlich ganz frontal zusammen mit einer eher pragmatischen, an Opferzahlen und eigenen Erfahrungen orientierten Argumentation des "erlebten Stalinismus".]
- bis hin zur Erfahrung von Tabus in der Bewegung

  [Kritik an der Frauenbewegung ist nicht erwünscht, da die internen Diskussionen noch keinen Stand erreicht haben, der einer öffewntlichen Kritik standhalten könnte]

Der 1. Mai konnte diese unsere Differenzen noch einmal glätten, wenn auch die Sinnfrage unserer Demo nicht eindeutig geklärt werden konnte...

"Tausend gute Gründe..." sind eben noch keine einheitliche Maidemo.

Die Diskussionen stehen noch aus. Noch ist unklar,

* was ein Engagement gegen eine "Abwicklungspolitik" der Treuhand mit den Interessen der türkischen Menschen in Kreuzberg zu tun hat?
* ob sich der MieterInnenkampf im Osten mit dem Kampf gegen die Verdrängung aus den Kietzen im Westen verbinden läßt?
* welche Probleme den auf Null-Stunden-Arbeit gesetzten OstarbeiterInnen und den vor der Vertreibung stehenden AsylantInnen gemeinsam sind...?

Der Fragen gibt es viele, was fehlt ist allein die Diskussion... Nur mit dem Versuch, uns nicht nur gegenseitig zu verstehen, sondern uns auch mit unseren Widersprüchen zu begreifen, kann es uns gelingen, unterschiedliche Realitäten und Auseinandersetzungen aufeinander zu beziehen, um gemeinsam in den Kämpfen - die da kommen - stehen zu können.

Und das es sich gemeinsam oft erfolgreicher kämpfen läßt, ist noch eine andere *alte revolutionäre Weisheit*...

Beweis dafür ist nicht zuletzt der Versuch der Herrschenden, mit Medienkotze und Repressionsapparat genau in jene Trennlinien zu schlagen, mit denen wir selbst noch nicht so klar kommen...

Gegeneinander ausgespielt werden sollen:

- die "Chaoten aus Kreuzberg" mit den "lieben Alternativen im Osten",
- die "friedlichen Hausbesetzer" mit den "krawalldurstigen schwäbischen Mittelstandssöhnchen",
- das Fest am Kolli mit dem Fest am Lause-Platz...

Teile und herrsche - das ist ihr Konzept.

Doch plumpe Vereinigung kann unsere Antwort nicht sein...

Wir werden uns nicht spalten lassen, aber heftige Diskussionen führen...

Und zwar nicht nach der nächsten Großaktion in unseren kleinen Zusammenhängen, sondern jetzt und in aller Breite.

Nachruf auf die Mainzer Straße
am 1. Mai in Friedrichshain

Gestern vor einem Jahr haben wir zunächst 10 Häuser in der Mainzer Straße besetzt.
Wir - das waren Frauen und Lesben, Schwule und Heteros aus verschiedenen Gruppen, aber auch viele einzelne. Viele Wessis, nur einige Ossis.
Wir haben uns viel gefetzt - oft bis zum Rande des Zusammenburchs, aber im Vordergrund stand immer, daß wir gemeinsam und selbstbestimmt leben wollten. Es war die Sache von allen, daß es das Frauen/Lesbenhaus und auch das Tuntenhaus Forellenhof gab.
Die Straße war für uns ein gemeinschaftlicher Lebenszusammenhang, in dem wir unser Leben praktisch selber organisierten, und den wir mit unseren NachbarInnen teilten. Eine Volksküche, in der ein Essen 3 Mark kostet, ein Spielplatz, zusammen mit AnwohnerInnen gebaut, ein Infocafe für alle, die sich informieren und selbst was machen wollten, ein Theatercafe, in dem Kultur und Kaffeeklatsch eins sind, eine Food-Coop, in der Lebensmitteleinkauf aus ökologischer Erzeugung direkt und billig organisiert wird, um die Kosten für alle niedrig zu halten, das Ausarbeiten von Plänen zur Verkehrsberuhigung der Strasse zusammen mit Menschen, die hier schon lange wohnen, die Cafe- und Ladenräume im Frauen/Lesbenhaus, der Exterminator, die erste Crash-Kneipe in der Hauptstadt der DDR, die Forelle blau, unsere geliebte Gay-Bar, das DDR-Antiquariat, gegen die kulturelle Barbarei, all das und viel mehr war die Mainzer Straße.
Wo Männer und Frauen so zusammen wohnen, immer im Ziel, gegen die staatliche Kontrolle was eigenes zu entwickeln, in diesem Leben verbinden sich Arbeit, Wohnen, Kultur und die gewachsene Struktur des Kiezes.
Wir sprachen viel mit AnwohnerInnen, unter anderem auf regelmäßigen BürgerInnen-Tischen -wo wir uns oft ziemlich beschimpft haben- , wir hatten guten Kontakte zu älteren Menschen -für manche kauften wir ein- , wir diskutierten mit Schulklassen aus dem Bezirk, machten Info-Stände, feierten Feste in den Höfen und auch einmal auf der Straße, organisierten Gesprächsrunden mit Menschen aus dem antifaschistischen Widerstand während des 3. Reichs und wehrten uns gemeinsam gegen den neonazistischen Straßenterror -zunächst nur zur Verteidigung unserer Häuser, aber dann auch darüber hinaus: wir mobilisierten gegen die Nazis in der Weitlingstraße, gegen die Bullenräumungen in anderen Stadtteilen, gegen die rassistische Verfolgung von Flüchtlingen, gegen die Angriffe auf Schwule und Schwulenparks und -klappen.
Bei uns lebten Menschen verschiedener Nationalitäten, aber die Menschen ohne deutschen Pass konnten sich nicht einmal mehr für den Erhalt unseres Lebenszusammenhangs wehren - sie mussten wegen der Ausweisungsgefahr vor dem Bullenterror flüchten.
Wir haben viel über praktische Formen der internationalen Solidarität überlegt, haben ehemalige politische Gefangene von der RAF und von der Bewegung 2. Juni eingeladen, auch HausbesetzerInnen aus andereneuropäischen Ländern, auch SchriftstellerInnen und KünstlerInnen. Und wir haben auch selber viel geschrieben und viele von uns haben auch in sich selbst einiges neues entdeckt: an Mut, an Sehnsüchten, an Kreativität. Unsere Tuntenshows zum Beispiel, oder die Kunstausstellung.
Die 48stündige Belagerung durch die Bullen waren auch eine gute und intensive Erfahrung. Wir haben eine vorher kaum vorstellbare

Solidarität erlebt. Sie reichte von praktischer Hilfe bei unserer Verteidigung bis hin zu Bemühungen, mit uns gemeinsam die Situation zu entschärfen. Dafür danken wir auch all den Menschen hier in Friedrichshain. In den drei Tagen hinter Barrikaden fand unser Leben auf der Straße statt, mit Lagerfeuer, Diskussionen, mit Lachen und Weinen. Aus einem Kiezpalaver zusammen mit NachbarInnen fanden wir Wege, mit der Situation umgehen zu können - Einkäufe wurden organisiert, die bei unserer Verteidigung entstandenen Schäden sollten durch Spenden und gegenseitigeHilfe beseitigt werden, MieterInnen planten und machten eine Menschenkette gegen Bullenangriffe. Wir selbst räumten nach dem vorübergehenden Waffenstillstand mit den Bullen frühmorgens die Hindernisse auf der Frankfurter Allee wieder beiseite, Sanis aus unserer autonomen Sanität versorgten ein Verkehrsunfallopfer, wir bemühten uns zusammen mit der Feuerwehr,einen von den Bullewn gelegten Kellerbrand in einem vermieteten Haus am Räumungsmorgen zu löschen und organisierten die Evakuierung der Betroffenen - all dies angesichts massiver Bedrohungen und Umstellung durch die Staatsarmee.

Eine solche Selbstbestimmung zu tolerieren kommt für diesen Staat nicht in Frage. Für die Schweine gab es nur ein Kalkül: platt machen.
Auf den ersten Blick gesehen, ist ihre Strategie aufgegangen.
Wir sind sehr zersplittert, und viele haben die Hoffnung verloren.
Viele der anderen besetzten Häuser sind verängstigt und verunsichert.
Aber wir werden nie vergessen, wie stark jede einzelne und wir alle gemeinsam sind, wenn wir zusammen stehen.
An der Mainzer interessiert uns nicht das Symbol von totem Gemäuer. Sondern die Erfahrung und Erinnerung, die fest in unserm Herzen ist.

Die letzte Schlacht gewinnen wir !
Die Mainzer Straße lebt immer weiter !



redebeitrag zur demo am 12.5.91
gegen das europa der reichen

ZUR UMSTRUKTURIERUNG DES STADTTEILS FRIEDRICHSHAIN

ärmel hoch und köpfe ab!
ins umstrukturierungsgrab
mit den bedürfnissen
der menschen, zu wohnen!
die mögen sich verpissen!
fürs kapital wird sichs schon lohnen!

Im Europa des Kapitals (EG '92) fällt Berlin eine zentrale ökonomische und politische Bedeutung zu.
Zum einen soll Berlin die Hauptstadt der BRD werden, die ihre Vormachtstellung innerhalb der EG ausbaut; zum anderen ist Berlin der Ort, von dem aus das BRD- und internationale Kapital die ökonomische Ausbeutung und politische unterwerfung Osteuropas vorantreibt.
Berlin kommt daher die Funktion einer Verwaltungs-, Handels- und Dienstleistungsmetropole zu.

Um diese Funktion zu erfüllen, werden die Stadt und die einzelnen Stadtteile (bes. die im Osten) umstrukturiert.
(Durch die verbundene Verschärfung der Konkurrenz zwischen denMenschen und deren Vereinzelung soll auch Widerstand von Anfang an verhindert werden).
Gewachsene soziale Strukturen und Lebensräume, wie zum Beispiel im traditionellen ArbeiterInnenstadtteil Friedrichshain, stehen diesen Verwertungsinteressen des Kapitals entgegen und werden Schritt für Schritt zerstört.

In F'hain sieht dies konkret so aus:
Die Frankfurter allee soll zu einer Prachtstraße, zu einem Kuhdamm des Ostens, ausgebaut werden. Bereits heute haben sich hier sieben westdeutsche Großbanken, diverse Versicherungsunternehmen und Ladenketten eingenistet.Doch damit nicht genug: Der Senatsbeauftragte für Stadtentwicklung Fuderholz kündigte die Errichtung weiterer großer Gewerbeflächen und Einkaufszentren an. So soll am Rande des Sanierungsgebietes Schreinerstr.(übrigens unter der Obhut von Stattbau) zwischen Rigaer Str. und Frankfurter Allee ein nobles Passagenkaufhaus hingeklotzt werden.

Aufgrund der city-nahen Lage und der günstigen Verkehrsmöglichkeiten besteht ein reges Interesse für Großkonzerne, hier zu bauen. So gibt es Pläne, auf dem Gebiet des abzuwickelnden Schlachthofes nördlich der Eldenaer Str. ein riesiges Dienstleistungs- und Verwaltungszentrum zu errichten. Die zweite Option ist, dort ein Medien hochzuziehen, falls Olympia 2000 Berlin überrollt.

DIES alles nennen die StadtverplanerInnen eine Aufwertung des Stadtteils, was in der Realität der Markt-wirtschaft nichts anderes als steigende Grundstückspreise und demzufolge steigende Mieten bedeutet.

Vor diesem Hintergrund müssen die Sanierungs- und Modernisierungspläne betrachtet werden. Rund 80% der Häuser in F'hain werden PrivatbesitzerInnen zurückgegeben werden. Auch dadurch sind dem Spekulantentum und der Luxussanierung Tür und Tor geöffnet.
Die BesitzerInnen werden die Häuser verkaufen oder selbst ihren Besitz einer optimalen Wertsteigerung durch Luxussanierung zuführen, so wie es ihr Recht als EigentümerInnen ist.

Durch Luxussanierung (ein Teil davon ist die Entkernung) steigen die Mieten ins Unermäßliche. Vertreibung der langjährigen BewohnerInnen, die, oft durch Betriebsabwicklungen arbeitslos geworden, ihre Miete nicht mehr aufbringen können, und Eindringen von Yuppies und Hauptstadtbonzen sind die Folge.
Sozial Schwache passen nicht in das Bild eines durchgestylten Stadtteils; sie können die Auslagen der Passagen zwar bewundern, aber ihrer Funktion als profitbringende KonsumentInnen nicht gerecht werden.

Auch die WBF und Statt-bau fügen sich mit ihren Modernisierungsvorhaben in dieses Stadtentwicklungskonzept ein.
Mit den berchtigten Interessen und Wünschen der Menschen, hier im Kiez besser und sicherer zu wohnen, hat dies alles nichts mehr zu tun.

Diese Stadtplanung orientiert sich ausschließlich am Profit und nicht an den Bedürfnissen der Menschen, die hier wohnen.
Schon deshalb ist Widerstand notwendig.

Für uns als HausbesetzerInnen heißt das, unsere Häuser als Gegenstrukturen politisch durchzusetzen und uns auch als solche zu begreifen.
Widerstand heißt für uns auch, kontinuierlich dranzubleiben, über den Prozeß der Umstrukturierung aufzuklären und deren Projekte offenzulegen.
Nur durch diese Bewußtwerden und durch Selbstorganisierung können wir uns gemeinsam gegen die drohende Verdrängung und Yuppisierung wehren.
Für die MieterInnen kann dies die Erkenntnis bedeuten, daß massenhafte Mietstreiks und Zwangsräumungsboykotte auf jeden Fall wirksamer sind als individuelles Prozessieren, so wie ihnen das von allen Seiten als einzige Möglichkeit nahegelegt wird.
Und schließlich kann mensch den Verantwortlichen und Profiteuren auch direkt und empfindlich auf die Finger klopfen!

Diese Art von Umstrukturierung spielt sich natürlich nicht nur in Berlin ab. Überall in Europa werden die Metropolen zu Städten des großen Geldes umgestaltet. Wir müssen diesem Europa der Reichen, das nicht unser ist und sein kann, auch europaweiten Widerstand entgegensetzen. Ein erster Ausdruck dieses Anspruches ist dieser europaweite Aktionstag.
Weiteres wird folgen!

HAUT DEN SPEKULANTEN AUF IHRE GIER'JEN PRANKEN !

GEGEN DIE UMSTRUKTURIERUNG DER STADTTEILE !!

GEGEN DIE HAUPTSTADT DER BULLEN, BONZEN UND BANKER !!!

GEGEN DAS EUROPA DER REICHEN -
FÜR SELBSTBESTIMMTES LEBEN ALLER !!!

Noch 350 Tage bis zum näxten 1. Mai oder gibt es sonst noch was zu tun? Vielleicht zum Regierungssitz Berlin ?

Das, was an diesem 1. Mai abzulesen war, war recht erfreulich. Unsere revolutionäre 1. Mai-Demo hat sich gefestigt. Ob wir nun strahlenden Sonnenschein haben oder Regen, wir bleiben um die 10.000 Menschen und dies nun in einer Kontinuität von 4 Jahren. Der Suche nach dem warum, wollen wir uns jetzt nicht anschließen. Das Philosophieren über, die Suche und das Finden der *Klassenkämpfe (?!)* überlassen wir lieber den, sich für diese Aufgabe berufenen, romantischen Kader-StrategInnen. Wir schließen uns der Einschätzung von D. Isegrim (Interim 146) an:

"Wer glaubt, daß Jahr für Jahr, bei Sonne, Sturm und Regen Zehntausende allein wegen der **'Inhalte'** *auf die Straße gehen? 'Inhalte', über deren Fragwürdigkeit und Ungenauigkeit seit Wochen in diesem Blatt zu lesen ist. Nein, wegen Anti-Rassismus, -faschsimus, -imperialismus und -patriarchat sind wir nicht alle da. Es geht mehr um die Stimmung wie 'Wir sind die, vor denen uns unsere Eltern immer gewarnt haben', "wir lassen uns hier nicht vertreiben', "wir haben keinen Bock auf Euer Spiel, wir spielen unser eigenes'. Das ist auch okay so."*

Die Frage, die sich hier auftut liegt mehr in dem Bereich, warum wir diese Stimmung, die so viele Menschen mobilisieren kann, so selten erzeugen können. Denn einmal im Jahr ist schon gut - aber mehr ist besser! Erst recht wenn mensch bedenkt, daß einiges von der Öffentlichkeit, die wir kriegen, hauptsächlich im Mai-Krawall liegt. Ob dies gut oder schlecht ist, ist eine andere Frage. Den Feind da anzugfreifen wo er am besten vorbereitet und am stärsten ist, war noch nie eine erfolgversprechende revolutionäre Strategie. Dies aber nur mal am Rande.

Ein Zauberwort geistert und rauscht schon seit ewigen Zeiten durch den Blätterwald der linksradikalen Medienlandschaft - ***Umstrukturierung.*** Jede weiß was gemeint ist - aber wenig passiert dazu.

Wir wollen auf die Umstrukturierung durch den möglichen Regierungssitz Berlin hinaus. Auf die dadurch zwangsläufige Beschleunigung der Umstrukturierung ganzer Stadtteile und Bezirke, auf die Verdrägung und Zersiedlung aufmüpfiger Unruhepotentiale, auf die gehobene Sicherheitsstufe, die die Verlegung des Regierungssitzes nach Berlin mit sich bringen wird. Wir waren überrascht wie wenig diese Konsequenzen bislang in der Scene diskutiert worden sind, Thema waren. Mag sein, daß die Meisten, Viele erst wenig Ahnung davon haben, daß der Bundestag am 21.6.91 darüber abstimmen will. Mag sein, daß Viele die selbe Meinung vertreten wie z.B. das Aufrufflugi zur Mai-Demo: *"Der Fall der Mauer und die Annektion der DDR hat den Umbauprozeß beschleunigt: Hauptstadtpläne (**wenn sie sich trauen**...), Olympiapläne, die Propagierung 'der neuen Rolle Berlins', sollen als Vehikel dazu dienen, 'Gesamtberlin' umzukrempeln."*

Oder der Auftakt-Redebeitrag zur Mai-Demo: *"Übrings die da oben wollen, daß Berlin wieder Reichshauptstadt wird. D. h., daß 100.000 Beamte und Krawattenträger in diese Stadt drängen werden. D.h., daß Wohnraum noch knapper und noch teuerer wird, das bedeutet gnadenloser Konkurrenzkampf, das bedeutet das Rausdrängen all jener die nicht in das Bild Weltstadt-Metropolen-Yuppies passen. Das bedeutet, daß der gesamte Innenstadtbereich zum Hochsicherheitsbereich gemacht werden wird. Wenn ihr da oben das macht, dann versprechen wir euch, dann gibt es jedes Wochenende ein **heiteres Abgeordneten-Klatschen** in und um Berlin... . In diesem Sinn: **wir freuen uns auf den Bundestag.***

Woher dieser strahlende Optimismus genommen wird, gerade im Hinblick auf die richtige Einschätzung was Regierungssitz heißt, bleibt ein Rätsel. *Wenn sie sich trauen, wir freuen*

uns auf den Bundestag, ist dies jetzt Großkotz aus ner Hilfslosigkeit oder ist dies ernst gemeint? Oder vertraut ihr darauf, daß die Verlegung mehrere Jahre dauert und ihr bis dahin schon eueren Ruhesitz am Stadtrand gefunden habt? Auf jeden Fall waren wir erstmal srachlos als wir dies lasen bzw. hörten. Kein Ansatz von Überlegungen wie wir diesen Regierungssitzmoloch wirklich verhindern bzw. überleben können. Noch ein Zitat aus dem Demo-Aufruf: *"Ein Blick auf andere westeuropäische Metropolen läßt erahnen was Innenstadt- und Infrastrukturplanungen an Vertreibungssanierung gegen ganze Viertel bedeuten kann."*
Aber d.h. nicht nur Vertreibungssanierung, sondern gehobener Sicherheitsstandart, und der wird dann auch präventiv gegen uns laufen. Ob wir dann noch die Möglichkeit des heiteren Abgeordneten-Klatschen haben, stellen wir erstmal so in Frage. 4.000 Bullen am 1. Mai im Einsatz, auch dies ein Grund für die Unmöglichkeit des Ausweitens der Auseinandersetzungen am Abend . Dieser Belagerungszustand gibt einen Vergeschmack auf das, was dann in allen aufsässigen Stadtteilen an der Tagesordnung sein soll/ sein wird. Gleichzeitig wird dies von Heckelmann als ein Einsatz mit *"Augenmaß und Konsequenz"* dargestellt, der *"einen wesentlichen Beitrag dazu geleistet hat, daß sich Berlin als geeigneter Regierungssitz präsentiert, an dem die Bürger und Institutionen vor gewaltsamen Angriffen geschützt sind."*

Umstrukturierung - Geisterbahn ?

Mehrere 100.000 qm Bürofläche, 10.000 Luxusappartments für die Staatsbüttel, Luxuskonsumtempel samt "Ruhezonen" für gestreßte Abgeordnete, noch mehr BGS, SEK, GSG 9 zum Schutz der Bonzen, Sicherheitsstufe 1 für ihre Wohnviertel und Belagerungszustand für uns - daß und vieles andere mehr, heißt Regierungssitz Berlin.
"Hier sind doch eh schon die Immobilienhaie unterwegs, stellen sie sich mal vor, wie das abgeheizt wird, wenn die Bonner kommen? Wer kann dann in Berlin noch ne Wohnung bezahlen?" Dieses Zitat stammt nicht aus irgendeinem Aufruf, sondern vom Ex-CSU-Regierungssprecher Klein.
Wir wollen weder auf das großkotzige Abgeordneten-Klatschen warten, noch wollen wir auf Figuren wie Klein vertrauen, daß Berlin nicht zum Regierungssitz wird. Wir vertrauen nur auf unsere eigenen Kräfte. Deswegen, die großdeutschen Reichshauptstadtträume müssen verhindert werden. Dies ist nicht nur eine Frage, des irgendwie gegen Umstrukturierung sein, sondern zentral auch eine Frage, wie wir als linksradikale, revolutionäre Linke in dieser Stadt überleben wollen. Dies soll weder zu panischen Überreaktionen führen, noch zu der *die wollten uns schon immer klein kriegen und uns gibt es aber immer noch*-Mentalität. IWF kam und ging, aber Regierungshauptstadt bleibt. Und wir haben eine reelle Chance diese Hauptstadt zu verhindern, denn auch bei den Bonzen und Politikern ist Berlin umstritten ("Kreuzberg darf nicht Hauptstdt werden").
Wir stehen mit dem Rücken zur Wand - aber die gibt uns wenigstens noch etwas halt!
Am 1. Mai 1990 haben wir den Herrschenden versprochen Berlin für sie zur Geisterbahn zu machen. Jetzt wäre es spätestens an der Zeit dieses Versprechen wahr zu machen. So wahr zu machen, daß sich Berlin als Regierungssitz nicht mehr empfiehlt. Die Zeit die wir noch haben (bis zur Abstimmung am 21.6.91) sollten wir vielfältig nutzen. Zum einen zur weiteren Diskussion wie wir mit dem Moloch Regierungssitz umzugehen gedenken und zum anderen, wie können wir unsere Kräfte auf die Verhinderung dieses Moloch mobilisieren. Konkret geht es hier um eine kurzfristige Konzentration unserer Kräfte (mit Absicht wir hier das schreckliche Wort Kampagne vermieden) auf die Schwerpunktthemen Regierungssitz samt Umstrukturierung. Wir sollten versuchen in der verbleibenden Wochen eine Stimmung in der Stadt zu erzeugen, daß selbst den Bonzen und Miethaien im Grunewald ganz schwindelig wird. Angriffe auf Baufirmen und Spekulanten die sich mit den Umstrukturie-

rungprogrammen dumm und dämlich verdienen, sollten genauso laufen wie öffentliche Aktionen/Demos. Wir stellen uns die ganze Sache so vor, daß sich die vielen kleinen und großen Aktionen und Sabotagegeschichten, durch einen Anti-Regierungssitz-Zusatz direkt aufeinander beziehen. Und das wir gleichzeitig, als vorläufigen Abschluß, auf eine Demo hinarbeiten, die einige Tage vor der Entscheidung liegt. Wo wir dann nochmal die Möglichkeit haben, gemeinsam mit allen in dieser Stadt, die sich wehren, die unbequem sind, die sich nicht mit den Knochen des kapitalistischen Fleischtopfes abfinden wollen, die keine und erst recht nicht noch mehr Bonzen und Staatsbüttel in der Stadt haben wollen, die sich nicht an den Stadtrand drängen lassen wollen, eine starke und entschlossene Demo zu machen. Diese Aktivitäten und die Demo sollen einen Orkan entfesseln, der den Staatsbütteln selbst in Bonn noch Ohrensausen bescheren soll.

In diesem Sinn: Mit Fantasie, Wut und Witz –

Hau weg den Regierungssitz!

Für den Anarchismus!

Ana Prop

Mai 91

P.S. An "Die: Ratten bitten zur Diskussion" (Interim 146)
Ihr Schreibt, *"um Spekulanten anzugreifen fehlen Wissen und Mittel"*. Wenn es ums Wissen geht, dann schaut auch mal in den berühmten Interim-Ordner, denn dort hat die Interim-Redaktion so einiges lesenwertes zu Spekulanten und Umstrukturierung abgelegt, nur sie werden wissen warum.

Zuerst den Artikel lesen !

Radio 100 an Franzosen

Berliner Kabelrat entschied Discomusik favorisiert

JW. Am Montag hat der (West-)Berliner Kabelrat (3 Mitglieder CDU, 1× SPD, 1× AL) entschieden, daß die Frequenz von ehemals Radio 100 an die von der französischen NRJ (Radio Nouvelle Jeunesse) dominierten Gruppe Radio 2000 vergeben wird. Als Begründung wird lapidar mitgeteilt, das Konzept von Radio 2000 sei zukunftsweisender. Die Bewerber der MitarbeiterInnen vom alten Radio 100, Schmidt & Partner (Elefanten Press, Freitag, Junge Welt) und Links-Druck-Verlag Ostberlin wollten ein unabhängiges linksalternatives Programm anbieten, in dem auch die in Berlin lebenden Ausländer und Minderheiten einen entsprechenden Anteil haben sollten. Das NRJ-Konzept steht für „jugendorientiertes" Musikprogramm, also Disco- und Popmusik, unterbrochen von Werbung, aber nicht für einen Infosender für ganz Berlin.

Daß der mehrheitlich konservativ zusammengesetzte Kabelrat NRJ bevorzugt, verwundert nicht. Da aber alle Entscheidungen mit vier von fünf Stimmen gefällt werden müssen, hat entweder die SPD oder die AL für NRJ gestimmt.

Der eigentliche Skandal bei der Entscheidung ist aber, wie der Westberliner Kabelrat eine Konzeption für ganz Berlin abgebügelt hat.

Radio 100 wäre der einzige Privatsender in Berlin gewesen, in dem Gruppen aus Ost- und Westberlin gemeinsam ein Programm gemacht hätten. Der Förderverein für Interkulturelle Medienarbeit (FIM) als Mitgesellschafter repräsentiert über 50 Gruppen, Initiativen und Institute aus Ost und West.

Daß also Westler sich herzlich wenig um Gesamtberliner Interessen kümmern, zeigt ähnlich wie die Hauptstadt-Diskussion, daß die Sprechblasen „Einheit, Einheit" nur für's Publikum sind, hinter den Kulissen setzen die Westler jedoch ihre Interessen durch. Da stören Einheitskonzepte, weil man damit kein so schnelles Geld verdienen kann

"Hallo liebe Leute, Hier ist wieder RoZ – Radio ohne Zensur. Wir begrüßen euch zu unserem heutigen Lese-Programm. Also fahrt eure Lauscher ein und dreht eure Augen scharf... "

Wie ihr sicherlich alle wißt ist die Kabelratsentscheidung (zur Frequenz 103,4 MHz) gegen Radio 100 ausgefallen, d.h. weiterhin funkstille. Das alte Radio 100 wird sich aber auf jeden Fall bei der Vergabe der nächsten freien Frequenz (evt. Herbst) wieder bewerben.

Wir sind wütend über die Kabelratsentscheidung, können aber nichts genaues sagen, wie es dazu gekommen ist. In jedem Fall war es auch eine politische Entscheidung – Berlin soll ja Regierungssitz werden ...

Was auf Radio 2000 demnächst gesendet wird, ist Dudelfunk. Die neuen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Radio 2000 müssen erst eingekauft werden. Nur Thomas Thimme (ehem. Geschäftsführer von R.100 und neuer v. R.2000) der den Konkurs von Radio 100 vorsätzlich herbeigeführt hat und wenige andere machen weiter. Eine Verankerung in stadtweiten Projekten und Gruppen gibt es nicht.

Sollte Radio 100 wieder eine Frequenz bekommen, machen wir als Redaktion weiter. Bisher war es für uns möglich kollektiv und ohne radiointerne Zensur zu arbeiten. So haben auch andere Gruppen eigene Beiträge und Sendungen machen können. So soll es wieder werden !

CIAO, die RoZ - Red.

P.S.: "Beschwerden" sind zu richten an:
Radio 2000
Potsdamer Str. 131
1. Stock 1 Bln 30

← Der Artikel ist aus der "Jungen Welt". Dieser Artikel gibt unserer Meinung nach die Situation am besten wieder.

Das El Locco Projekt braucht Verstärkung!!!!!!!!!!!!!!!

Wir suchen, brauchen, wollen aktive Frauen, die Lust haben sich am Projekt zu beteiligen.
Unser Ziel ist, gesamtverantwortlich als Gruppe von Frauendas Projekt zu gestalten, welche aus induviduellen und politischem Interesse feministische und anarchistische Inhalte umsetzt und eine Gegenöffentlichkeit herstellt.
Es geht um inhaltliche Auseinandersetzungen und Diskussionen welche in Veranstaltungen und im Cafe umgesetzt werden. Ferner sind alle Bereiche, Öffentlichkeitsarbeit, Organisation, Programmgestaltung, Cafebetrieb, Projektstruktur, incl. alle Nebenarbeiten in kollektiver Eigenverantwortung zu bewerkstelligen. Mit Spaß und Ideen an kreativen und phantasievollen Experimenten, sowie an gemeinsamen Perspektiven zu arbeiten.
Das Konzept umfaßt unterschiedliche Medien, Darstellung- und Informationsträger als Vermittlung und Wahrnehmung vielseitiger Ausdrucksmöglichkeiten. Die Programmgestaltung umfaßt Ausstellungen, Filme und Videos über Informations- und Diskussionsveranstaltungen, sowie Lesungen, Ton-Dia, Hörstücke, Theater und anderes mehr.
Wir wollen anarchistische Strukturen aufbauen und diese möglichst thematisieren, diskutieren und praktizieren. So sollten feministische, libertäre, antiautoritäre Projekte, Veranstaltungen, ect. von uns in die Tat umgesetzt werden. Jedoch ist für uns die Betrachtung aus verschiedenen Zusammenhängen und das Risiko des Experimentes wichtig.
Wir versuchen Themenschwerpunkte in Veranstaltungen umzusetzen. So besteht die Möglichkeit verschiedene Ebenen darzustellen, sowie eine Einordnung in gesamtgesellschaftliche Zusammenhähge. Außerdem können wir dadurch mit Personen oder Gruppen, die Interesse an einem Thema haben, gemeinsam was auf die Beine stellen.
Zu den Themenschwerpunkten, jeweils 6 Wochen, werden Veranstaltungen gemacht (z.B. seit Jan. Widerstand und Kultur, Freiraum Wohnen und nun Medien und Gegenöffentlichkeit), eine Auseinandersetzung auf verschiedenen Ebenen, der global politischen Betrachtung, Details, Umsetzung etc.

In einer immerhin 3 1/2 Jahre währenden Projekterfahrung haben einige Personen mitgewirkt, wurden über 2 000 Veranstaltungen gemacht, ein interessiertes Publikum ..... nicht die "große Masse", auch kleine Veranstaltungen halten wir für effektiv und wichtig, d.h. wir wünschen uns möglichst eine direkte Auseinandersetzung mit anderen Menschen, so daß Veranstaltungen nicht zu einem Konsum von pol. Meinungen und Infos verkommt. Trotz allem wollen wir natürlich viele interessierte Menschen erreichen, eines breiten Bevölkerungkreises, auch wenn wir gegen den Strom schwimmen. Trotz allem haben wir einen zähen Überlebenswillen entwickelt für ein unabhängiges Projekt mit politischen Inhalten zu kämpfen und deren Umsetzung zu praktizieren. Wünsche, Ansprüche, Forderungen etc. mal dahingestellt.

Seit Januar machen vier Frauen alle 14 Tage am Donnerstag das Cafe und Veranstaltungen nur für Frauen. Auch hier würden wir uns über eine Erweiterung bzw. Vergrößerung der Gruppe freuen um zukünftig jeden Donnerstag als Raum für Frauen zu gestalten.. Lesben.. Heteras.. andere Frauen.. wer interessiert ist, wir treffen uns am 16.5. um 18 Uhr im El Locco

Eine Öffnung nach außen ist uns bisher schwergefallen, nun sind wir an dem Punkt wo diese Öffentlichkeit sein muß. Um das Projekt El Locco in dieser Form am Leben zu erhalten suchen wir dringend Frauen, die auf dieser inhaltliche Wellenlänge mitmachen wollen.

El Locco, Kreuzbergstr. 43, 1000 Berlin 61, tel. 785 99 73

NAZITERROR!

In den Bereichen Zehlendorf, Kleinmachnow, Teltow und Stahnsdorf nehmen die Übergriffe auf AntifaschistINNen, AusländerINNEN und auch ganz normale Leute durch Rechtsradikale nicht nur in ihrer Häufigkeit, sondern auch in ihrer Brutalität zu.
Vor einem Jahr trafen sich die Rechtsradikalen noch an dezentralen Punkten, während sie jetzt Bushaltestellen, Verkehrsknotenpunkte (wie die Waldschenke in Stahnsdorf) und Jugendzentren, in denen sich unter anderem auch linke Leute aufhielten, kontrollieren. Linke Menschen wurden aus diesen Jugendzentren durch gezielte Gewaltanwendung und provozierte Schlägereien vertrieben.
So wurde beispielsweise ein 18jähriger Antifaschist während einer Disco-Veranstaltung von sieben Neo-Nazis aus dem Skinhead-Spektrum brutal zusammengeschlagen. Die Polizei (Ost) nahm die Anzeige zwar entgegen, tat sonst aber weiter nichts. Sie erwartete sogar vom Zusammengeschlagenen, eigene "Ermittlungen" wie die Suche nach Zeugen anzustellen.
Wie wir aus eigenen Erfahrungen wissen, sind ähnliche und vergleichbare Vorfälle an der Tagesordnung.

CHRONOLOGIE:

- November '90 bis Mai '91 -

11.90	Antifaschist wurden die Vorderzähne ausgeschlagen
11.90	Antifaschist wird von einem Neonazi brutal zusammengeschlagen, vier weitere sehen zu
12.90	Antifaschist wird von rund 30 Neo-Nazis angegriffen, kann jedoch nach Einsatz von Tränengas entkommen
02.91	Acht Neo-Nazis greifen wehrlosen Antifaschisten an und schlagen ihn zusammen
04.91	15 Neo-Nazis greifen zwei Antifaschisten an und schlagen sie zusammen, sie werden anschließend ausgeraubt

Seit Anfang April halten sich regelmäßig 15-20 Neo-Nazis im "U-Boot" (Disco in Teltow) auf, greifen wahllos Leute raus und provozieren Schlägereien

04.91	U-Boot: Neun Neo-Nazis greifen drei Antifaschisten an, nur einer kann sich erfolgreich wehren
04.91	30 Neonazis schlagen auf einer Schulveranstaltung der Erweiterten Oberschule drei Antifaschisten zusammen
05.91	Drei mit Neo-Nazis voll bestezte Wagen sperren eine Straße in Teltow ab und greifen vorbeifahrende Autos an

Die Autos der Neo-Nazis sind z. T. mirt CB-Funk ausgestattet. Es gibt bei einer Antifa-Spray-Aktion eine regelrechte Auto-Jagd auf Antifaschisten. Diese können aber entkommen.

05.91	30 Neonazis greifen eine Pferdekoppel in Teltow an
05.91	40 Neonazis treffen sich am Busbahnhof in Stahnsdorf, wenig später randalieren sie auf einem Rummelplatz Die Polzei (Ost) nimmt einige von ihnen fest, es entsteht 10.000 DM Sachschaden
05.91	Leuten, die bei einer Antifa-Sprüh-Aktion erkannt wurden, werden Schläge und Mord angedroht
05.91	Zwei Linke auf Motorrad werden von Neo-Nazis, ebenfalls auf Motorrad, verfolgt und bedroht. Die Nazis versuchen die Antifaschisten von der Straße abzudrängen.

(Dies sind nur einige, uns bekannte Fälle. Die Liste hat keinen Anspruch auf Vollständigkeit)

Mittlerweile ist der Terror so weit fortgeschritten, daß die Neo-Nazis vor der Haustür von Linken warten, oder gar in die Wohnung eindringen und randalieren.
So stürmten sie vor zwei Wochen eine Teltower Wohnung und drohten der dort wohnenden Frau mit Vergewaltigung. Die Polizei weigerte sich eine Anzeige entgegenzunehmen.
Ebenfalls richten Nazis Fahrwachen ein, ausgestattet mit CB-Funk, die gezielt Leute aus dem linken Spektrum jagen und verprügeln.
Bewaffnet sind sie in der Regel mit Baseball-Keulen.
Die Situation wird sich noch weiter verschärfen, wenn die Stadt Teltow, wie geplant, in alten sowjetischen Kasernen Sinti und Roma unterbringt.
Trotz militanter Gegenwehr behalten die Nazis aufgrund zahlenmäßiger Überlegenheit die Oberhand. Das gilt es jetzt zu ändern!

Diesen Bericht haben wir geschrieben, da wir uns in unserer isolierten Lage (Randbezirke, personell kleineres linkes Spektrum) etwas allein gelassen fühlen und hoffen, daß diese Info dazu beiträgt, Euch zu motivieren, antifaschistische Aktionen in diesem Raum zu starten und uns solidarisch zu unterstützen.

Wenn Interesse besteht und ihr noch mehr wissen wollt, meldet Euch bei uns:

Café Chaos
Machnower Straße 19a
1000 Berlin 37
S-Zehlendorf

Den militanten Widerstand organisieren!

einige antifaschistinnen und antifaschisten aus dem süd-westen

---

ANTIFA-DEMO IN GIFHORN

In der Nacht vom 8. zum 9. Mai wurde der 23 jährige Mathias von ca. 2o Fascho-Skinheads zusammengeschlagen und vor ein Auto getrieben. Dabei wurde er lebensgefählich verletzt und liegt seither im Koma.
Am letzten Samstag demonstrierten rund 5oo Antifas aus der Umgebung inder Gifhorner Innenstadt.
In der letzten Zeit gab es bereits mehrere faschistische Überfälle in Gifhorn.
Dabei wurden die Scheiben eines linken Treffpunktes eingeworfen und Wohnungen einzelner Antifas mit Mol otow-Cocktails angegriffen.
Für den nächsten Sonnabend, den 18. Mai rufen AntifaschistInnen zu einer Demo in Gifhorn auf.

"GEGEN NAZITERROR UND FÜR DIE ANTIFASCHISTISCHE SELBSTHILFE"

Treffpunkt: 11 Uhr Brunnen am Steinweg
Vorbereitungstreffen: Freitag 17. Mai in Braunschweig 2o Uhr im Fachschaftscafe im Grotrian ,Bültenweg (Eingang neben dem Cafe 1/4 nach).

Meldung über Antifa-Infotelefon

20. APRIL IN DER "GOERE" (FRANKFURT/ODER)

die goere ist ein haus in dem einige junge leute zusammengezogen sind um den graesslichen alltagstress nicht alleine ertragen zu muessen. das haus hat einige faschouebergriffe hinter sich. die stimmung dort ist gespannt man/frau rechneten auch am 20. april mit actionen von faschos doch dazu spaeter. wir moechten das haus kurz vorstellen.einiges zur entstehung und wie es weitergehen soll.seit 1986 gibt es in diesem haus 5 wgs . von juni bis dezember '90 zerfielen 4wgs wegen staendiger faschoangriffe.bestehen blieb eine wg und ein aeltere mieter wohnte noch dort.der rest stand leer.faschoangriffe gingen weiter dem aelteren mieter wurde dies zuviel-er zog aus. die bewohner des hauses nutzten dies und rannten zur wohnungsbaugesellschaft und konnten nach bekanntem deutschen buerokratenstress einen nutzungsvertrag aushandeln.es fanden sich leute fuer die wohnungen und so ward die goere eine grosse tolle hausgemeinschaft...
das haus sollalsgemeinsames wohnprojekt dienen dem buergerlichem alltag trotzen und vor allen dingen schutz vor faschos sein.ein cafe und ein infoladen sollen eroeffnet werden um das haus exsistent zu machen.die leute sind ziemlich jung(18-20Jahre)viele noch in einer ausbildung oder arbeitslos. das haus selbst ist in einem sehr guten zustand.
nochmal kurz zur jetzigen situation in frankfurt.der groeste arbeitgeber das halbleiterwerk steht kurz vor dem konkurs.die altstadt wurde zu ddr-zeiten nicht saniert vieles ist verfallen oder steht leerstatt dessen entstanden unendliche betonwuesten.der grenzverkehr zu polen laeuft gestoert uebergriffe auf polnische buerger haeufen sich.die jetzige situation ist doch ganz schoen krass. kleinere solisachen wie briefe oder besucheeinfach helfen da schon.die leute freuen sich wenn sie merken dass auch von ausserhalb interessebesteht.

genug gelabert jetzt zum 20.!

eigentlich ein tag wie jeder andere aber nachdem geruechte umgingen wonach die fap aufgerufen hatte unter anderem das haus in der goerlitzer strasse anzugreifen rechneten wir mit ziemlich vielen faschos in der stadt. ein ueberraschungsangriff war ausgeschlossen fahrwachen waren tags wie abends unterwegs vom dach aus war auch alles gut zu ueberschauen und wir hatten dat tor verrammelt. wir waren an die 40 leute im haus aus frankfurt und sonstwoher.tagsueber passierte nichts abends hiess es faschos machten eine saufpartie und danach sei mit einem angriff zu rechnen.fuer einige leute war es klar keinen alk zu trinken doch leider da noch nicht fuer alle.fahrwachen sind dazu da infos zu uebermitteln wenn sie andererseits "faschos jagen" wollen wie an jenem abend werden keine infos rueber-gebracht und der ueberblick ueber faschobewegungen geht verloren.nach der faschofeier war esjedoch total ruhig nix mit angriff auch gut sagten wir uns .
fuer so viele leute war es von den frankfurtern aus toll organisiert gemeinsames essen und lange tee-/caferunden brachte die leute naeher.
an dieser stelle ein dickes DANKE!
im grossen und ganzen doch ein erfolg und auch eine erfahrung mehr fuer die hausbewohner.
am 25.mai ist in frankfurt ein bfc-spiel angemeldet wo mit 300 faschos und hools gerechnet werden muss!!!
wir werden wieder nach frankfurt fahren und die leute dort unterstuetzen und wuerden uns ueber besuche oder soliactionen freuen.

kontaktadresse: "goere"
goerlitzer strasse 32
frankfurt/oder
-o-1200

rat+tat sowie
unterstuetzerinnen
aus east-berlin

Thema: KRITIK-GEGENKRITIK ZUM UMGANG DER INTERIM MIT BEXITRÄGEN

Ich beginne mit dem für mich unangenehmsten Teil: Ich finde, daß die Kritik, die in letzter Zeit aus v.a. autonom-kommunistischer Ecke an der Interim geübt wird, eine gewisse Berechtigung hat. Unangenehm deswegen, weil ich diese Strömung politisch nicht gerade für den leuchtenden Pfad halte.
Das Konzept, eine Zeitung als unzensiertes/unzensierbares Forum für die diversen Machwerke der diversen politischen Richtungen einer politischen Bewegung zu machen, ist an sich gut. Aber sowohl die LeserInnen als auch die MacherInnen wären naiv, wenn sie glauben würden, so eine Zeitung ließe sich ganz ohne redaktionelle Leitlinien machen. Es wird zwangsläufig eine Redaktion geben, die sortiert und die auch eine eigene politische Orientierung hat. Das finde ich auch notwendig, denn ich habe selbst keine Lust, mich jede Woche durch 100 Seiten Text durchzuarbeiten, wovon mich wahrscheinlich 80 Seiten nicht interessieren oder sogar auf die Palme bringen. Insofern ist die Grenze zur "Zensur" stets fließend. Zweifellos würde das "Internationalistische Zentrum", die "RIM" oder die "Agentur zur Selbstaufhebung des Proletariats" es als grobe Zensur empfinden, wenn ein 20seitiges Positionspapier von ihnen nicht abgedruckt würde (nur so als Beispiel). Dies ist aber ein Fall von Zensur, den ich als Leser der Interim sogar verlange von der Redaktion!
Natürlich ist die Lage nicht immer so eindeutig. Was die Redaktion der Zeitung leisten muß, ist, eine realistische Einschätzung zu treffen, ob ein Text so abwegig/unbedeutend/schädlich oder dergleichen ist, daß er ganz weg oder in den Ordner (als zwischenstufe) gehört. Dabei wird die Redaktion nie objektiv sein, und vermutlich werden die Kriterien sich mit jedem personellen Wechsel in der Redaktion verschieben. Damit kann ich leben, solange es für mich nachvollziehbar ist, auf welcher Grundlage entschieden wird.
Diese Nachvollziehbarkeit hat ihre Höhen und Tiefen. Und der Schmerzpunkt wird natürlich sehr unterschiedlich sein. Wenn mal ein Papier einer autonom-kommunistischen Richtung nicht abgedruckt wird, finde ich persönlich das vermutlich weniger schlimm (und beachte es nicht weiter); andere, die politisch dieser Richtung näher stehen, werden das Fehlen anderer Texten nicht weiter beachten, in diesem Fall aber aufschreien... Dieses Problem ist auch der Interim-Redaktion offensichtlich klar, aber ihr Umgang damit in letzter Zeit war doch ziemlich ungenau.
In den vergangenen Monaten (angefangen hats ja wohl mit der Auseinandersetzung mit autonom-kommunistischen Antifas, oder?) war die Form, in der die Interim kritisiert wurde, meistens ziemlich unsolidarisch. Ich kann mir gut vorstellen, wie nervig es sein kann, in oberschlauen Anpiß-Papieren als FAZ-taz-Springer beschimpft zu werden, während du versuchst, eine illegale Zeitung zu machen, die gleichzeitig Position beziehen und es allen recht machen soll. Daß da die Antworten arrogant klangen, wundert mich nicht. Die Kritik war ja zumindest kein Stück weniger arrogant.
Auf der anderen Seite gab es aber auch von der Interim her Schlampereien (ich erinnere nur an die abgedruckte Erklärung zu den Brief-Brandanschlägen auf Banken) und Kommentare, die durchaus verletzend waren. Dazu kommt, daß in den Interim-Nummern 143 und 144 Kritikpapiere aus autonom-kommunistischer Richtung abgedruckt waren, die sich (bei ein paar Entgleisungen) deutlich darum bemühten, von dem gegenseitigen Anmachen wegzukommen und einen versöhnlicheren Ton anzuschlagen. Die Antwort der Interim-Redaktion darauf war reichlich lau und hingerotzt. Also, entweder ich schätze eine politische Strömung als revolutionär/bedeutsam/mir nahestehend oder ähnlich ein, dann verdient sie auch eine ernsthafte Auseinandersetzung. Oder ich halte sie für unbedeutend/spinnert, dann setze ich mich überhaupt nicht damit auseinander. Oder ich finde sie schädlich/konterrevolutionär oder so was, dann führe ich aber eine ganz andere Auseinandersetzung (oder sollte es zumindest tun), nämlich die, die die Strömung überflüssig macht, ihr den Zulauf entzieht, sie aus der linksradikalen Bewegung letztendlich rausbringt oder - besser - sie auflöst. Wie es z.B. im Falle der RIM notwendig wäre.
Das heißt, die autonomen Kommunisten, die ich für revolutionär, bedeutsam, oft spinnert und oft schädlich in ihren Aktionen halte, verdienen eine ernsthafte Auseinandersetzung. Und wenn die Interim von ihnen Papiere kriegt, dann sollte sie dazu eindeutiger als bisher Stellung beziehen: Entweder abdrucken (und am besten direkt kommentieren), oder in den Ordner (und dann nicht im Vorwort halbgare Gegenkritik zusammenschustern, sondern sich dazu etwas mehr Zeit nehmen und ne fundierte Stellungnahme dazu machen).

Sven Glückspilz

Interview mit GenossInnen aus einer autonomen kommunistischen Gruppe

***ProWo:** Ihr habt ja die letzten Wochen einige Zeilen des Autonomen-Blättchens "interim" anläßlich der Nichtveröffentlichung verschiedener Papiere von Euch gefüllt. Worum gings in dem Konflikt?*

akg: uns ging es in erster linie darum, die solidarität mit den revolutionären kommunistischen gefangenen, hier vor allem mit den gefangenen aus raf und widerstand, zu üben. das war aktuell umso notwendiger, weil die imperialistischen medien eine schmutzkampagne über eine angebliche raf-stasi-verbindung losgetreten haben. einzelne gefangene sehen wir aktuell besonders gefährdet, z.b. luitgard hornstein, eva haule, brigitte mohnhaupt, helmut pohl. sie werden zu rädelsführerinnen aufgebaut. für uns sind sie besonders bedroht - wir schließen auch einen mordversuch wie im stammheimer isoknast 1977 nicht aus.

für uns war es wichtig, schnell eine position der prinzipiellen solidarität mit den gefangenen und der politik der guerilla zu formulieren.

die interim war für uns durchaus ein wichtiges veröffentlichungsorgan, weil wir uns in der solidarität mit den gefangenen und der durchsetzung der zusammenlegung einig waren.

der konflikt lag unserer meinung nach daran, daß wir unsere solidarität auch auf kommunistische genossinnen aus der ehemaligen ddr bzw. der dkp oder sew ausdehnen wollen, die jetzt von der imperialistischen justiz wegen unterstützung einer terroristischen vereinigung bzw. dem aufbau antifaschistischer gruppen angeklagt werden sollen.

in dieser punktuellen solidarität sehen die menschen, die für die interim verantwortlich sind, eine solidarisierung mit ddr-bonzen, mit denen sie absolut nichts zu tun haben wollen. sie greifen also ein detail aus unserer erklärung raus, um den nichtabdruck des ganzen papiers zu erklären. wie andere genossinnen als antwort darauf richtig schrieben, ist allerdings das solidarische verhältnis zu den gefangenen aus raf und widerstand bzw. zur politik der guerilla auch fraglich. so werden erklärungen der raf bzw. von militanten gruppen nach ihren angriffen unter der rubrik volxsport bzw. leistungssport abgedruckt, was unserer meinung nach ein distanziertes verhältnis ausdrückt. es gäbe noch mehr beispiele für diese haltung.

***ProWo:** Ihr vertretet im Gegensatz zur "interim" die Position, die revolutionäre Linke müsse sich auch zu den Angeklagten aus SED und DKP verhalten. Was meint das?*

akg: wir machen schon einen unterschied, wegen welcher sachen die menschen aus dkp, sew oder sed angeklagt sind. es ist klar, daß sie nicht wegen der sozialdemokratischen teile ihrer politk angeklagt werden. es sind die antiimperialistischen teile ihrer politik, derer sie angeklagt sind. wir finden die zwar beschränkte, doch vorhandene antiimperialistische solidarität mit den befreiungsbewegungen im trikont einen wichtigen aspekt der ddr-außenpolitik. daß sich diese solidarität auch auf genossinnen der kommunistischen metropolenguerilla erstrecken soll, hätten wir den versozialdemokratisierten sed-funktionärInnen nicht zugetraut. deshalb verdient das noch im nachhinein unsere unterstützung.

genausowenig hätten wir den sozialdemokratisierten dkp-sew-funktionärInnen zugetraut, daß sie eine antifaschistische truppe aufbauen. einmal abgesehen vom politischen sinn dieser truppe, verdient die haltung unsere solidarität, sich auf den fall vorzubereiten, wenn das kapital zu faschistischen herrschaftsformen zurückgreift. das sollte für jeden kommunisten und für jede kommunistin zur selbstverständlichkeit gehören.

***ProWo:** Euch wird der Vorwurf gemacht - derzeit offensichtlich nicht nur im bürgerlichen Lager, sondern auch in der Autonomen-Szene sehr beliebt - StalinistInnen zu sein. Was heißt für Euch "Stalinismus", wie steht Ihr zu dem Vorwurf?*

akg: der stalinismus-vorwurf ist zur zeit sehr beliebt, aber auch sehr nebulös. so werden oft maoistische und stalinistische politikformen durcheinander geworfen, wie es in der auseinandersetzung zwischen autonomen und der RIM geschieht, deren politik wir aber nicht verteidigen möchten.

es gab schon lange den bürgerlichen bzw. auch sozialdemokratischen stalinismusvorwurf, der sich gegen alle richtete, welche weiterhin an der vorstellung einer kommunistischen revolution festhalten bzw. die kommunistische debatte und praxis organisieren wollen.

zu diesen kreis würde ich auch die eurokommunistische stömung bzw. die erneuerInnenströmung zählen, die sich aktuell um die hauptströmungen der pds oder um zeitungen wie den freitag gruppiert. viele autonome lavieren da herum und benutzen durchaus literaturhinweise aus diesem spektrum in der stalinismusdebatte.

es gab und gibt aber auch eine linke stalinismuskritik, wie sich schon in der sowjetunion formierte. sie setzte an am rollback bürgerlicher normen wie ehe, familie, kirche etc. in der periode des stalinismus in der su. fundierte kritik gab es an der bürgerlichen politik der spanischen republik, die vom stalinismus gestützt wurde und zur liquidierung von linkskommunistInnen bzw. anarchistInnen führte.

diese linkskommunistische stalinismuskritik wollen wir aufgreifen und weiterentwickeln. unserer meinung nach war die herausbildung kommunistischer praxis durch die metropolenguerilla in den siebziger jahren ein klarer praktischer bruch mit dem stalinismus.

im übrigen wollen wir auf die sehr gute aufarbeitung des stalismus in dem roman ästethik des widerstands von peter weiss verweisen, in dem die stalinisschen menschen auch als genossinnen, als mutige kämpferinnen gegen den faschismus deutlich werden. auch wenn wir an der sozialdemokratischen konsequenz des politikers peter weiss unsere kritik haben, scheint uns diese verarbeitung des stalinismus sehr gelungen.

das auch in der autonomen diskussion fortschritte zu verzeichnen sind, zeigt das alles in allem differenzierende herangehen an dieses thema in der letzten ausgabe der radikal.

deshalb halten wir die diskussion darüber mit menschen aus den autonom-anarchistischen spektrum für sehr wichtig, aber auch mit allen kommunistischen gefangenen in westeuropa. die gefangenen aus der ccc in belgien oder die grapogefangenen haben dazu auch interessante beiträge geschrieben.

es geht um die rekonstruktion der kommunistischen debatte und praxis in westeuropa. alle menschen, die daran mit anpacken wollen, sind als diskussionspartnerInnen willkommen.

wir wollen die debatte nicht mit bürgerlichen bzw. sozialdemokratischen kräften führen. jene, die über ihre ostbüros zur destabilisierung der ddr und der sog. volksdemokratien in europa oder weltweit beigetragen haben, wollen nur über die stalinismus-debatte ihre konterrevolutionären dreck rüberbringen. mit denen, gibt es keine gemeinsame diskussion, weil es auch keine gemeinsame praxis geben wird. für uns aber gehören theorie und praxis zusammen. deshalb sollten wir auch und gerade in der stalinismusdebatte hier den trennungsstrich ziehen.

***ProWo:** Verteidigt Ihr also die Ex-DDR in ihrer Substanz, welche Fehler seht Ihr (dennoch)?*

akg: hier wollen wir ein zitat von dem kommunistischen schriftsteller christian geißler bringen, das er im artikel klassendeutsch im arbeiterkampf geschrieben hat "...die ddr ist ach war samt all ihrer abgefuckten korrupties der 1. antifaschistische staat auf deutschen boden, knastförmig elend..., ja die faust gegen siemens, deutsche bank, gegen springer..."

das drückt auch unser verhältnis zur ddr präzise aus.

die ddr war das ergebnis von kämpfen vieler genossInnen gegen den deutschen imperialismus und faschismus. sie hatten leider nicht die kraft, sie allein durchzusetzten. die rote armee war die entscheidende stütze. dann galt es, die neue gesellschaft aufzubauen. es wurden enorme fortschritte gemacht in der kollektivierung der landwirtschaft, in der sozialisierung der konzerne, im aufbau von arbeiterInnenschulen, in der konsequenten abrechnung mit dem faschismus. dafür steht die von genossInnen liebvoll rote hilde genannte erste justizministerin hilde benjamin.

die ddr war der staat, der aus der befreiung vom faschismus geboren wurde. von anbeginn lauerten die entmachteten vertreter der alten klassen und ihre hiwis von der sozialdemokratie, um diese neue ordnung zu zerstören. dazu bauten sie die brd mit usa-hilfe zum konterrevolutionären vorposten auf.

die ddr war lange jahre so etwas wie das nicaragua europas.

die zerschlagung der ddr ist auch daraus zu erklären, daß sich in der brd in den siebziger jahren keine antiimperialisti-

sche, kommunistische praxis kontinuierlich durchsetzte. so waren wir auch theoretisch und praktisch machtlos, als die nato im verein mit dem westdeutschen imperialismus daranging, die ddr mit vorgehaltenem scheckbuch zu zerstören.

das ist die grundlage für die zweite debatte. da geht es darum, daß in der arbeiterinnenbewegung, auch in ihren kommunistischen teilen, die sozialdemokratisierung und verbürgerlichung theoretisch und praktisch vorhanden war. das führte zur verbürgerlichung der ddr-gesellschaft, wie wir sie alle in erinnerung haben. das fängt bei der kleiderordnung und der abneigung gegen punks an, alternativen zur bürgerlichen ehe, obwohl in der kommunistischen tradition einer kollontai vorhanden, wurden nicht gemacht. das endet bei der bespitzelung kritischer linker und der gleichzeitigen einladung von typen wie strauß oder krupp bzw. deutsche bank managern.

hier besteht für uns kommunistInnen eine herausforderung, die fehlerhafte theorie und praxis weiterzuentwickeln.

ein ansatzpunkt ist die patriarchatsdiskussion, die zur überwindung der fehlerhaften these der kommunistInnen, auch clara zetkins, führen muß, daß die frauenunterdrückung ein nebenwiderspruch sei.

viele kommunistische beiträge von genossinnen aus dem trikont und aus der metropolenguerilla bzw. den gefangenen revolutionärinnen sind für die rekonstruktion der kommunistischen debatte wichtig.

diese debatte ist ein teil unserer organisierung, um die losgelassene imperialistische bestie zu stoppen. nur darum geht es.

▲



JEDEN TAG 18⁰⁰ – 22⁰⁰ GEÖFFNET

Niederbarnimstr. 23 Friedrichshain

FÜR ALLE, DIE IN DER VOKÜ MITMACHEN WOLLEN ODER IRGENDWELCHE IDEEN HABEN, WAS SONST NOCH LAUFEN KÖNNTE

jeden Sonntag ab 22⁰⁰ VOKÜ-PLENUM

---

2. Schreibt doch bitte immer dazu, wo und wann ihr das gemacht habt. und außerdem: was heißt "angegriffen" oder "beschädigt"!?? Habt ihr ein bißchen am Lack gekratzt oder euch davor gestellt und "buuh" gerufen oder mußte die Feuerwehr die rauchenden Trümmer beseitigen ??? ?

Aktion gegen Opelfahrzeuge

Wir haben in der Nacht vom 25. auf den 26. März 1991 auf einer Bahnstrecke, die vom Opelwerk in Rüsselsheim wegführt, ca. 40 fabrikneue Opel-PKWs mit hochprozentiger Säure unbrauchbar gemacht und somit frühzeitig aus dem Verkehr gezogen. Über die Aktion und unsere Erklärung dazu wurde damals in den Zeitungen nichts geschrieben. Wenn die Schweine auch aus begreiflichen Gründen den Mantel des Schweigens über die Aktion breiten, so ist die materielle Wirkung doch deutlich gewesen. Wir haben die Angreifbarkeit des Kapitals aufgezeigt. Die Methode war vorher erprobt worden. Wir haben dann praktisch richtig gezielt und getroffen,

Wir haben in der letzten Nacht eine Zugla...

Opel und der Mutterkonzern General ... expandierende Einheit im inter... Machtmittel ein, um Profite ... erschließen und mit der ... sichern. Innerbetrieb... reinen Verwertungs... Die Wirtschaft... fitinteress... keine Ro... ren ... d... ...n Profitinteressen ... spielt ... Brot, zerstö... den Bedingungen ... schießen mit, denn ... jedem Krieg direkt mit, ...weitung ihres ökonomischen ... ...en und für ihr Interesse. ...gehungerten und Krankgemachten bezahlt. ...e drohend in der Hinterhand. Auch wenn die ...schaftlich interessiert geben, sind sie schon ...arischen Schlag zu führen. Unter den gegenwärti... ...s für kein einzelnes Land mehr einen Entrinnen vor dem ...s Krieg mit anderen Mitteln bedeutet. ...s auch nur heißen: Ein selbstbestimmtes Leben für alle in ...Ausbeutung und Unterdrückung wird es erst dann geben, wenn die ... imperialistischen Systems von unten gebrochen ist. Dabei wirken ...sche Bewegungen, militante Aktionen und Angriffe auf Leben und Eigen... ... der Repräsentanten und Vorantreiber dieses Systems zusammen. Wir dürfen

§129a – Wunderwaffe oder Papiertiger?

Im Sommersemester 1990 lief an der Uni Hamburg eine vielbeachtete von StudentInnen organisierte Veranstaltungsreihe »§129a – wider repression und gesinnungsjustitz«, in der politische Repression in der BRD und der Widerstand dagegen unter verschiedenen Aspekten dargestellt und diskutiert wurden. Zu den ReferentInnen gehörten neben JuristInnen, JournalistInnen und Rechtsanw+ältInnen auch Prozeßgruppen. Aus diesen und den folgenden Diskussionen entstand die Idee eines umfassenden Buches zum Thema Repression und §129a in Westdeutschland. Dieses Buch haben wir, die Buchgruppe »wüster haufen«, jetzt als Sammlung von Texten verschiedener Gruppen und Einzelpersonen zusammengestellt. Es ist Ende April im Berliner Verlag Edition ID-Archiv (»Feuer und Flamme«, »Schwarze Texte«) erschienen.

Mit dem Buch wollen wir eine breite Diskussion in der Linken über Repression, deren Wirkung und Funktion, anregen, verschiedene gesellschaftliche und politische Kreise mit ihren Ansätzen und Analysen zusammenbringen. Wir wollen grundlegende Informationen vermitteln, Analyseansätze zur Diskussion stellen, um mögliche Perspektiven einer effektiven Anti-Repressions-Arbeit zu entwickeln, die über reine Prozeßarbeit hinaus geht. Wir wollen sehen, wie es möglich ist, der staatlichen Strategie Widerstand zu spalten und zu zerschlagen, etwas entgegen zu setzen. Dabei geht es uns nicht darum, nun alle aktuellen Verfahren darzustellen. Das ist mit einem solchen Buch und einer längerfristigen Konzeption auch gar nicht möglich. Vielmehr soll das Buch über die üblichen Diskussionen an konkreten Prozessen, die immer wieder auf dieselben Grenzen und Probleme stoßen, hinausführen zu einem offensiven und grundsätzlichen Umgang mit Repression.

Die Beiträge umfassen ein breites inhaltliches und Politisches Spektrum, das von linksliberal bis linksradikal reicht. Dieses breite Spektrum sehen wir als Möglichkeit, sich mit verschiedenen Standpunkten auseinanderzusetzen und daran einen eigenen zu entwickeln. Wir hoffen, daß die verschiedenen Ansätze vielleicht in einer gemeinsamen Anti-Repressions-Arbeit zusammenlaufen können, denn um der Kriminalisierung des radikalen Widerstands etwas entgegenzusetzen bedarf es unserer Meinung nach einer breiten politischen Zusammenarbeit über die engen ideologischen Grenzen Hinweg – ohne die Unterschiede zu übersehen.

Das Buch gliedert sich in vier thematische Blöcke: In der Einführung wird in mehreren Beiträgen die Geschichte und juristische Entwicklung der Paragraphen 129 und 129a dargestellt. Es geht dabei um die Vermittlung von Grundinformationen aus historischer, gesetzestheoretischer und prozeßtaktischer Sicht.

Der zweite Block behandelt v.a. die Rolle von Polizei und Geheimdiensten. So werden ausführlich die Entwicklung der bundesdeutschen Polizei seit 1945, die Herausbildung eines Ordnungskomplexes aus Polizei, Geheimdiensten und SozialarbeiterInnen sowie die Entwicklung und Situation politischer Repression in einigen westeuropäischen Ländern dargestellt.

Im dritten, dem Prozeßblock, werden verschiedene Verfahrensbeispiele dargestellt, um die praktischen Auswirkungen der Repression zu fassen und unterschiedliche Reaktionsmöglichkeiten aufzuzeigen. Die einzelnen Prozeßgruppen und AnwältInnen (Ruth Stiasny und Fritz Storim; Edith Lunnebach, RAin Ingrid Strobls; Eberhard Schultz, RA im PKK-Prozeß Düsseldorf; Antifa-Soli- und Antifa-Prozeßgruppe Hamburg) bleiben dabei nicht bei einer bloßen Beschreibung der Prozesse, sondern analysieren die Funktion des §129a am konkreten Beispiel. In einem Text über die Aussageverweigerung stellen wir kurz die Geschichte der Aussageverweigerungskampagne und unseren Standpunkt dazu dar.

Die in verschiedenen Knästen einsitzenden Andrea Sievering, Christian Kluth, Rico Prauß und Luitgard Hornstein wollten eigentlich einen Beitrag über Isolationshaftbedingungen und ihr Umgehen damit schreiben; aber eben diese Bedingungen ließen diesen Text dann nicht zustandekommen. Nun sind daraus Auszüge aus Briefen von ihnen und aus Luitis Prozeßerklärung geworden.

Um die Funktion der Repression geht es im vierten Block, in dem Oliver Tolmein die Rolle der Öffentlichkeit bei der Kriminalisierung der Linken sowie Möglichkeiten von Gegenöffentlichkeit darstellt. Ein Beitrag der Bunten Hilfe Nürnberg liefert eine Analyse, unter welchen Umständen staatliche Repression greift und vor allem, wann sie nicht greifen kann.

aufruhr
widerstand gegen
repression und §129a
texte und materialien zur diskussion

aufruhr – widerstand gegen repression und §129a materialien und texte zur diskussion
Edition ID-Archiv, Berlin 1991, 300 Seiten, DM 26,–
ISBN: 3-89408-010-8
Bestelladresse: AurorA Verlagsauslieferung, Knobelsdorffstraße 8, 1000 Berlin 19,
oder in jeder Buchhandlung

Daneben enthält das Buch einige Texte des »wüsten haufens« sowohl zu praktischen als auch zu grundlegenden Fragen von Prozeß- und Anti-Repressions-Arbeit. Dabei geht es u.a. um das Wechselspiel von staatlicher Repression und Integration als Prinzip von Zuckerbrot und Peitsche, das mit unterschiedlichen Mitteln dasselbe Ziel, nämlich Befriedung gesellschaftlicher Konflikte, erreichen soll. Dabei stellt sich dann auch die Frage, wie unsere Strukturen beschaffen sein müßten, um dieser Doppelstrategie nicht zu erliegen. Weiter haben wir uns Gedanken gemacht, wie das Verhältnis von politischer und juristischer Verteidigung im Prozeß und in der Öffentlichkeitsarbeit aussehen kann, um »juristische Erfolge« für uns zu erkämpfen ohne unsere Politik zu verleugnen: Sollen die Anklagekonstrukte widerlegt oder »nur« politisch beantwortet werden? Beinhaltet der von unserer Seite so oft propagierte Kampf gegen die »Gesinnungsjustiz« nicht eine Unschuldskampagne, die die Solidarität mit »TäterInnen« ausschließen würde (»die Gedanken sind frei – die Taten nicht«)? Und wie ist es mit der Forderung nach Abschaffung des §129a? Wäre die Beseitigung des Paragraphen eine Verbesserung für unsere politische Arbeit oder eher eine Verschleierung der herrschenden Verhältnisse, da andere Paragraphen an die Stelle des §129a treten würden? Wir halten die Verbreiterung der Solidarität gegen die Kriminalisierung der radikalen Linken für dringend notwendig, aber wie sind Bündnisse möglich ohne Verwässerung der Inhalte?

Wir haben nicht den Anspruch, mit dem Buch fertige Antworten zu präsentieren, sondern solche Fragen und Probleme aufzuzeigen, da wir sie für weitergehende Diskussionen für wichtig halten.

Der Anhang des Buches enthält u.a. ausführliche Literatur- und Adressenverzeichnisse sowie eine Chronologie der §129(a)-Verfahren seit den 50er Jahren.

Unser Buch ist fertig – jetzt warten wir gespannt auf Eure Reaktionen!

der *wüste haufen*

Texte zu DDR und Staatskapitalismus

"Auferstanden aus Ruinen ruht der Sozialismus ... ... aus" ist der Titel einer neuen Broschüre aus Freiburg zur Geschichte der DDR und der "gescheiterten Versuchsanordnung Sozialismus". Einen ersten Einblick in die Broschüre gibt das unten abgedruckte Vorwort. Toll sind auch die Photos.

Der Golfkrieg ist vorbei - in seiner offenen hochtechnisierten Form als Krieg ohne Leichen und Opfer. Jetzt werden wir wieder Bilder von Opfern und Elend, von Zerstörung und Barbarei zu sehen bekommen. Solange Araber Araber töten, kein Grund zur Aufregung. Die Betroffenheit - längst vorbei. Nur notorisch Linke werden sich noch begrenzte Zeit über Israel und Palästina, über Antisemitismus und linksintellektuelle Kriegsbefürwortung, über "neue Weltordnung" und deutsche Grundgesetzänderungen streiten.

Auch in linke Wohngemeinschaften kehrt der Alltag zurück. Ausgefallene Feste werden nachgeholt, die Schreibtische vom Golfkrieg befreit, die Beziehung, das Studium, die Lohnarbeit und der Tratsch werden wieder zum Mittelpunkt der Auseinandersetzungen. Es ist wieder Alltag in germany.

Zeit für uns, unsere Broschüre vorzulegen, deren Fertigstellung auch der Kreuzzug des Westens nicht verhindern konnte. Zeit für uns, andere mit Texten über ein Thema zu belästigen, das in der linken Diskussion, keineswegs aber in der Wirklichkeit, schon lange wieder out ist. Zeit für uns zur Störung der Totenruhe.

Als Ende 1989 das Undenkbare immer mehr zur Gewißheit wurde, das Ende der DDR, das Ende des realexistierenden Sozialismus, sahen wir uns mit der gravierendsten politischen Veränderung seit Ende des 2. Weltkrieges konfrontiert. Staunend hatten wir den deutschen Herbst '89, den Fall der Mauer, den kampflosen Zusammenbruch eines ganzen politischen Systems in der Glotze beobachtet. Passiv wie die gesamte westdeutsche Linke, im Totstellreflex verharrend. Als schon ganz Leipzig "Deutschland einig Vaterland" grölte, lauteten die Einschätzungen in unseren Diskussionsrunden immer noch: "Wiedervereinigung unmöglich". Anfang 1990 entschieden wir uns, uns das Unbegreifliche begreiflich zu machen. Das Ergebnis liegt hier vor.

Selbstverständlich sind wir nicht die einzigen, die sich mit dem Aufkauf der Konkursmasse der DDR durch die BRD beschäftigt haben. Doch neben glänzenden Texten zu einzelnen Aspekten sind wir auf nichts gestoßen, was das "Ende des Sozialismus" umfassen zu erklären vermocht hätte. Auch in dieser Broschüre wird mensch verschiedene wichtige Aspekte vermissen, da die Komplexität des Themas auch unsere Möglichkeiten gesprengt hat. Was nun vorliegt, ist sicher ein lückenhafter und vorläufiger, aber systematisch angelegter Versuch, die Geschichte der DDR und ihr Ende zu erklären.

Am Beispiel der DDR zeichnen wir das Ende eines gesellschaftlichen Systems nach, das sich "Sozialismus" nannte und dessen Ausgang, die russische Revolution, sein Scheitern bereits beinhaltete. Wie die BRD und andere kapitalistische Staaten hatten auch die Staaten des RGW ihre jeweils eigene Entstehungsgeschichte und damit ihre spezifischen Unterschiede. Die DDR war durch und durch deutsch, deutscher noch als die BRD. Dies machte ihre Besonderheit aus. Auch wenn wir fast ausschließlich von der DDR sprechen, schließen unsere Systemanalysen dennoch grundsätzlich den Fall der anderen RGW-Staaten ein.

Ein blinder Fleck war die DDR nicht nur für die Linke, sondern für den überwiegenden Teil der BRD-BürgerInnen. Eine Allensbach-Umfrage von 1975 belegte eine erschreckende Unkenntnis der BundesbürgerInnen über den anderen deutschen Staat. Daran hat sich mit Sicherheit nicht viel geändert. Deshalb stellen wir der Analyse einen historischen Überblick über 40 Jahre DDR voraus (I.).

Konservative und Rechte im Westen wußten sich stets mit den Führungen der RGW-Staaten darüber einig, daß im Osten Sozialismus herrsche. Für erstere Anlaß zum berühmten "Geh doch rüber" als stereotyper Einwand gegen jede Kritik am Kapitalismus, Letztere aus Überzeugung, Gründen der Legitimierung des Systems oder aus purer Agonie. Die westdeutsche Linke sprach dagegen vom realexistierenden Sozialismus und meinte damit, daß drüben zwar Sozialismus herrsche, aber nicht so, daß mensch gleich rüber gehen mochte. Wir sprechen hier nicht vom Sozialismus, sondern vom Staatskapitalismus und begründen wieso (III.).

Die "Diktatur des Proletariats war eine Herrschaftsform, in der die angeblich herrschende Klasse am allerwenigsten zu sagen hatte. Am Beispiel der DDR, der herausragenden Stellung der Partei- und Staatsbürokratie wird deutlich, warum der sozialistische Mensch neuerdings so gerne CDU wählt. Wir gehen dieser Frage nach (II.).

Mit dem sozialistischen Menschen war das so eine Sache. Kaum war die Mauer weg, entstanden von einem Tag auf den anderen Rassismus, Antisemitismus und Gewalt gegen Frauen in erstaunlichem Ausmaß. Skinheads, Hooligans und neue Rechte, Sekten und Okkultismus tauchten dort auf, wo es sie vorher nicht geben durfte. Bei der Suche nach dem sozialistischen Menschen sind wir auf all das, auf den alten Menschen gestoßen (IV.).

Die Gleichstellung und Emanzipation bahnte sich in der DDR mit einer Geschwindigkeit ihren Weg, daß es den Frauen dabei ganz schwindlig wurde. Da konnte frau in der BRD ganz neidisch werden. Wie 40 Stunden Lohnarbeit plus 30 Stunden Hausarbeit und Kindererziehung die Frau im Sozialismus beglückte und was das mit Gleichberechtigung zu tun hat, dazu in diesem Heft: "Und die Frauen?" (V.).

Und die Linke in der BRD? Wo jeder Ansatz einer nationalen Befreiung in der "Dritten Welt" zur Revolution, wo Kapitalismus zum Verschwörungszusammenhang, wo staatliche Repression zum faschistischen Akt wird, braucht mensch keine vernünftigen Analysen. Sprachlosigkeit auf der Straße und im Plenum, wahlweise "Großdeutschland" und "Viertes Reich" oder linksnationaler Schulterschluß, "Jetzt erst recht" bis hin zu "Nie wieder Sozialismus" - die bunte Vielfalt armseliger Positionen der Linken. Nur in einem war die West-Linke einig und konsequent: Sie blieb im Prozeß der Wiedervereinigung völlig bedeutungslos. Es stellt sich die Frage: warum? (VI.).

Ex-Anti-NATO Gruppe Freiburg 1991 6,— DM

Bestellungen:
Ex-Anti-NATO Gruppe (ANG)
c/o Klaus Holz
Bettackerstr. 25
7800 Freiburg

Bestellungen unter fünf Exemplaren nur gegen Verrechnungsscheck oder Briefmarken.
Bei größeren Mengen gewähren wir den üblichen Buchhandelsrabatt.

Keine Kriminalisierung der Forderung nach Zuammenlegung der politischen Gefangenen !

Bericht zu den Hausdurchsuchungen in Nürnberg/Fürth

Am Dienstag 30.4.91 um 8.oo Uhr morgens fanden bei 5 Menschen in insg. 7 Wohnungen und einer Arbeitsstätte im Großraum Nürnberg/Fürth durch das bayr.LKA koordinierte und durchgeführte Durchsuchungen statt. Vorgeworfen wird ihnen nach den Beschlüßen des Ermittlungsrichters des Bayr. OLG -TORNOW- vom 18.4.91 "Werbung für eine terroristische Vereinigung (RAF)",§129a.

Begründet wurde die Duechsuchungen bei vieren von uns mit dem Verdacht der Verbreitung und Herstellung zur Demo am 6.4.91 in Nbg. gegen die Zwangspsychiatrisierung von Sven, bei einem zusätzlich mit einem Redebeitrag von dieser Demo- in diesem Durchsuchungsbeschluß wird explizit gesagt, daß in den Redebeitrag mehrfach die Forderung "Zusammenlegung der Gefangenen aus RAF und Widerstand und allen kämpfenden Gefangenen" gestellt worden sei.

Dem fünften Menschen wird vorgeworfen, bei der Demo am 23.2.91-das wae die letzte große Bündnisdemo gegen den Golfkrieg, kurz nach Svens Verhaftung- vor dem Nürnberger Knast in einem Redebeitrag für die Ziele und Handlungen einer terroristischen Vereinigung geworben zu haben. Es kann bei allenm nur um die ZL-Forderung gehen - in dem Flugblatt zu Sven taucht sie allerdings nur am Schluß unter vielen anderen auf.

Neue Bedeutung bekommt so die Begründung einer Auflage für die Demo am 6.4. durch die Nürnberger Behörden:

"Insbesondere wegen der Forderung der ZL der Gef. aus RAF und Widerstand und allen kämpfenden Gef. besteht die Gefahr, daß wähfend der Veranstaltung am 6.4.91 terroristische Vereinigungen unterstützt oder für sie geworben wird..."

Die Dorchsuchungen selbst liefen unterschiedlich ab. Einen Menschen brachten sie, nachdem sie ihn und seine Arbeitsstätte durchsucht hatten (mit Sprengstoffhund - für Flugblätter ?!),zur ED-Behandlung, was sie bei allen anderen nicht machten.

Bei einem haben sie die Durchsuchung in seiner Abwesentheit durchgeführt und vorher die Wohnungstür aufgebrochen.

Mitgenommen hat das LKA bei zwei Leuten schlichtweg gar nichts-allerdings wurden überall, wo sie Schreibmaschinen fanden, Schriftproben gemacht.

In einer Wohnung für die das LKA gegen zwei Menschen einen Hausdurchsuchungsbefehl hatte, wurden dagegen sämtliche Flugis und Materialien zu Sven mitgenommen; Farbbänder und Löschbänder; die Presseerklärung zur Festnahme in Fishgard; sämtl. Stadtpläne und Landkarten(!), die sie finden konnten(ungefähr 60 St.); ein Transparent mit Grüßen für die Gefangenen in den westeuropäischen Knästen; ein Plakat; ZL-Aufkleber; 2 "Wie Weiter"; einen der letzten Briefe an Rolf Heißler, in dem was zu Sven steht; und eine Vollmacht für das Prozeßhilfekonto in Nürnberg.

In den anderen Wohnungen wurden ebenfalls Sachen zu Sven, 2 kopierte "Spiegelartikel", 2 Angehörigeninfos (Nr.47 + 61), handschriftliche Notizen und anders mitgenommen.

Wir denken, daß dieses 129a Verfahren gegen uns und die Durchsuchungen im direkten Zusammenhang mit den Verschärfungen gegen die politischen Gefangenen stehen. z.B. die Beschlagnahmung des Geldes von Brigitte Mohnhaupt für die Prozeßkosten- was heißt, daß sie keinen Einkauf, Briefmarken etc. mehr machen kann; die Beschlagnahme von über 1oo Briefen von Brigittes Mutter an Brigitte wg. "illegalen Infosystem". Rolf Heißler bekommt das Angehörigeninfo nicht mehr, weil es angeblich konspirativ hergestellt wird. etc.

Wir begreifen dieses Verfahren als direkten politischen Angriff auf die Gefangenen. Die Staatsschutzbehördeb versuchen damit wiederum eine Situation wie die Jahre vor dem Hungerstreik 89 zu schaffen:

Die Zusammenlegungungsforderung soll wieder grundsätzlich kriminalisiert werden. Und das richtet sich natürlich auch gegen uns und gegen alle die, die ein solidarisches Verhältnis zu den Gefangenen haben, sich mit ihnen auseinandersetzen, sich zu ihren Haftbedingungen ihrer Isolation verhalten.

Das Ziel ist die gesellschaftliche Isolierung der Gefangenen und dem Kampf um die Zusammenlegung. Der Staatsschutz will, daß wir in Zukunft jeden Satz zu revolutionären Gefangenen danach überdenken, ob das nicht gleich ein 129a-Verfahren zur Folge haben könnte. Am liebsten hätten sie es, daß die ZL- Forderung unter dem "ladebtisch" gehandelt wird.

Warum bei uns ?

In letzter Zeit hat es in Nürnberg viele Initiativen gegen die Zwangspsychiatrisierung von Sven gegeben. Wir waren in diesem Zusammenhang mehrmals vorm Nbger Knast und in Straubing. Die Mobilisierung hatte erreicht, daß Sven vom berüchtigtem HausIII in der JVA Straubing nach Nürnberg zurückverlegt werden mußte. Und so sehen wir die 129a-Verfahren jetzt auch als einen Angriff gegen die Mobilisierung zu Sven und die sie tragenden Menschen. Was das für Sven selber heißen mag, können wir noch nicht sagen.

Wir fordern:

-die sofortige Einstellung der 129a-Verfahren

-Schluß mit der Kriminalisierung der Forderung nach Zusammenlegung

-Zusammenlegung der Gefangenen aus RAF,Widerstand und allen kämpfenden gefangenen

-keine Zwangspsychiatrisierung von Sven

KOMMUNIKATION - STATT ISOLATION

Vor 6 Wochen haben sich verschiedene Gruppen getroffen um zusammen an einer Knastdemo zu überlegen.
Die Initiative ging von der "Initiative für die politische Diskussion zusammen mit den Gefangenen" aus (ein Zusammenschluß von Christen), die während des Kirchentags auch eine Veranstaltung machen (siehe Flugblatt).
Es haben sich dann verschiedene Gruppen getroffen : die Christeninitiative, die Angehörigen der poliitischen Gefangenen, Gefangeneninitiative aus Dortmund und Bochum, Zusammenlegungs-Initiativen und die Prozeßgruppen zu dem Prozeß gegen die Duisburgerinnen.
Dabei rausgekommen sind die Aktionen in Bochum und Essen. Wir haben auch überlegt zusammen einen gemeinsamen Aufruf zu machen und das Ergebnis seht ihr ja.

Bochum soll eine möglichst große Knastdemo/kundgebung werden, buntgemischt aus Kirchentagsbesuchern und der"linken Szene". Zur Kundgebung ist bisher überlegt worden, daß die Christen versuchen wollen in den Knast zu kommen, um mit den Gefangenen zusammen sein zu können. Es soll viele Beiträge und Musik geben. (Wir suchen auch noch Musik/Bläsergruppen, die da spielen wollen.)
An Beiträgen ist überlegt: Gefangeneninitiative Dortmund/Bochum zum Bochumer Knast und ihre Arbeit; Angehörigen gruppe; Beitrag zur Knastrevolte in Rheinbach; zum Prozeß gegen die Duisburgerinnen; Beitrag der Christeninitiative, Irland-gruppen; zum Hungerstreik der Action Directe..... etc.
Neben der Demo/Kundgebung in Bochum, soll es während des Kirchentags jeden Tag einen Infotisch mit Lautsprecher vor dem Essener Knast geben. Es sollen möglichst viele, verschiedene Gruppen vor dem Knast sein und von sich, ihrer Arbeit oder aus ihrer Stadt erzählen. Außerdem soll versucht werden (bisher vom Stand der Angehörigen aus) auf dem "Markt der Möglichkeiten" (in der Essener Grugahlle) Kirchentagsbesucher zum Knast zu mobilisieren, so daß sie die Gefangenen grüßen können. Der Infotisch soll sein : Do, 6.6. von 15-20 h; Fr, 7.6. von 11 - 15 h; Sa, 8.6. von 10 - 14 h. Überlegt wird auch daran am Do, 6.6. um 19.oo h eine Kurzdemo vom "Markt der Möglichkeiten" aus zum Knast zu machen (15 min.)

Wenn IHR Lust habt zum Essener Knast zu kommen, um den Gefangenen von Euch zu erzählen, dann meldet euch doch, damit wir das etwas koordinieren können.
Und zwar bei: Prozeßgruppe, c/o Druckluft, Am Förderturm 27, 4200 Oberhausen 1.

Die Kundgebungen sollen angemeldet werden.

Es wird zur Mobilisierung auch noch Plakate geben. Wenn ihr welche wollt, könnt ihr die bestellen, bei: Initiative für die politische Diskussion zusammen mit den Gefangenen, Naunynstr. 6o, 1ooo Berlin 36.

So, das wärs erstmal, es wird noch ein Vorbereitungstreffen von allen beteiligten Gruppen geben, am So. 26.5. um 14 in Dortmund. Grünbau, Burgholzstr. 40

Liebe Grüße

Info Büro
c/o Taranta Babu
Humboldstr. 44
46 Dortmund 1

Knastdemo/Kundgebung
7.6. Bochum

17°° Demo Dr. Ruer Platz
19°° Kundgebung am Knast
Karl Lange Str.

Power an der Mauer
vor dem Knast in ESSEN

6.-8.6. tagsüber
Jnfotisch, Musik
Parkplatz/Zweigertstr.

INFOS ZU DEN STRAßENKÄMPFEN IN WASHINGTON DC

5.5.91: Der 5. Mai ist ein traditioneller Feiertag für ImmigrantInnen und Flüchtlinge aus Mittelamerika , die in den USA leben. In der Latino-Community in Washington wird der Tag mit Straßenfesten und ziemlich viel Alk gefeiert ... In Washington DC leben ca. 40.000 ImmigrantInnen und "illegale" Flüchtlinge aus El Salvador und 30.000 ImmigrantInnen und Flüchtlinge aus Guatemala. Ihre Lebensbedingungen haben sich seit 1986, als ein neues Gesetz gegen "illegale " Flüchtlinge aus Mittelamerika in Kraft getreten ist, drastisch verschlechtert: durch das Gesetz ist es für "Illegale" praktisch unmöglich, selbst Billiglohnjobs zu bekommen, da auf das Arbeiten ohne Sozialversicherungskarte Knaststrafen und Abschiebung für die "illegalen" ArbeiterInnen und Geldstrafen für die Arbeitgeber stehen. Asylanträge von Menschen aus El Salvador und Guatemala werden zu 98% abgelehnt. Die meisten ImmigrantInnen und Flüchtlinge aus Mittelamerika leben in Washington in zwei Stadtvierteln - Adams Morgan und Mount Pleasant - , die ungefähr so groß wie SO 36 sind. Viele von ihnen leben in kaputten Wohnblocks , in denen sich ganze Familien ein Zimmer - ohne Bad oder Küche - teilen; oftmals sind vor allem alleinerziehende Frauen mit Kindern wohnungslos und leben auf der Straße oder in Parks, weil sie die Wuchermnieten in den Wohnblocks nicht bezahlen können. Vor allem die "Illegalen" erhalten keinerlei Sozialleistungen - weder Lebensmittelkarten noch Gesundheitsversorgung oder Zugang zum Bildungssystem. Die Bullen sind in den beiden Stadtvierteln ständig präsent - Drogenrazzien, Abschieberazzien und der ganz alltägliche Bullenterror mit Durchsuchungen und Personalienkontrollen, willkürlichen Verhaftungen und brutalen Prügeleinsätzen auf der Straße gehören zum Alltag der Menschen. Für viele Jugendliche ist die einzige Möglichkeit, an Geld ranzukommen, in den Dealerringen mitzuarbeiten - im Gegensatz zur African American community , wo die Hauptdroge Crack-Kokain ist, ist die Hauptdroge in der Latino-Community vor allem Heroin. In den letzten Jahren sterben immer mehr "Illegale" durch needle-sharing und beschissene Gesundheitsversorgung am HIV-Virus.

Am Sonntag Nachmittag versuchten mehrere Bullen im Stadtteil Adams Morgan eine Gruppe von Salvadorenos wegen " illegalen Trinkens in der Öffentlichkeit" (darauf steht in den USA Geld- und Knaststrafe) festzunehmen. über das, was danach passierte, gibt es wiedersprüchliche Aussagen. Die Menschen, die die Szene beobachteten sagen, daß ein Bulle, einem Salvadoreno, der schon in Handschellen gefesselt war, von vorne in die Brust schoß. Die Bullen behaupteten später, sie seien mit einem Messer angegriffen worden. Nachdem sich die Infos rumgesprochen hatten, kam es abends zu den ersten, spontanen Angriffen auf Bullenautos - vor allem Jugendliche aus der Latino und African American community warfen Steine und Flaschen, später auch Mollis auf Bullenautos; die Bullen reagierten mit massenhaften Tränengaseinsatz. In der Nacht errichteten Menschen in den Vierteln Straßenbarrikaden, viele Läden wurden geplündert, mindestens zwei Fast-food-Restaurants wurden völlig abgebrannt. In der ersten Nacht werden 3 Bullenautos völlig abgefackelt.

6.5. Die Bürgermeisterin von Washington DC ruft den Ausnahmezustand aus; eine Ausagangssperre von 19:00 - 5:00 wird für die beiden Viertel verhängt. Insgesamt sind über 1.000 Bullen in den beiden Vierteln ständig im Einsatz. Die Bullen fordern Verstärkung aus Nachbarstädten an. Die Kids lassen sich von der Ausgangssperre nicht einschüchtern - in der Nacht vom 6. - 7. 5. werden wieder Bullenautos angegriffen ; mindestens drei weitere Bullenautos werden abgebrannt. Die Bullen verhaften willkürlich Menschen, die nach der Ausgangssperre auf den Straßen sind, und setzen leichte Panzerfahrzeuge und Tränengas ein.

7.5. Es ist tagsüber in den Vierteln "ruhig"; abends gibt es vereinzelte Angriffe gegen Bullen. Die Bürgermeisterin kündigt eine "öffentlich Untersuchung" über den Mord an dem Salvadoreno an; andere PolitikerInnen fordern eine schärfere überwachung der Latino Community; mehr Razzien gegen "Illegale", mehr Bullen in den Vierteln und - wie immer - höhere Knaststrafen, für alle, die sich an Riots beteiligen.

Seit Donnerstag ist es in Washington DC ersteinmal wieder "Ruhe" eingekehrt; die Bullen patroullieren ständig in den Vierteln - und haben auch im African American Ghetto im Süden der Stadt ihre Kräfte verstärkt. Insgsamt sind ca. 170 Menschen in den drei Tagen verhaftet worden, viele von ihnen sind immer noch im Knast. Nach Bullenangaben wurden 40 Bullen verletzt .... .
Die Einschätzung von GenossInnen aus Washington ist, daß jetzt die Repression gegen die Latino Community verschärft werden wird, und daß es jederzeit wieder zu Riots kommen kann. Die Bullen in Washington DC sind für ihre rassistische Brutalität bekannt, und die Hauptwut der Menschen hat sich vor allem gegen die Bullen gerichtet. Organisierte ImmigrantInnen aus El Salvador , die schon lange community Arbeit in den Vierteln machen - sie organisieren schon seit Jahren z.B. eine kostenlose "Clinica del Pueblo" (Volksklinik), Rechtsberatungen für "Illegale", Alphabetisierungs- und Englischkurse, HIV-Beratungsstellen, Unterkünfte für obdachlose Frauen mit Kindern sowie Nahrungsmittel- und Essenausgaben (anders als unsere Volxküchen sind z.B. die Essensausgaben jeden abend im Park mitten im Viertel , wo viele wohnungslose Kids und Familien schlafen) versuchen jetzt, mehr politischen Druck auszuüben und eine stärkere Organisierung im Viertel voranzutreiben.

FIGHT THE POWER

Dampfablassen in Thailand

Vom Golf zurückkehrende GIs relaxen im Sexparadies

Von Peter W. Schroeder, Washington

Die Heimkehr von mehreren tausend Marine-Soldaten aus dem Krieg am Golf bereitet dem Verteidigungsministerium in Washington einiges Kopfzerbrechen: „Die Jungs haben zum Teil ein halbes Jahr keine Frau gesehen", erklärte ein Navy-Sprecher. „Und ein paar werden so geladen sein, daß sie sich das nächste erreichbare weibliche Wesen greifen." Zur Vermeidung solcher Mißhelligkeiten auf heimatlichem Boden ordnete das Pentagon für die US-Kriegsschiffe Zwischenstopps in fremden Häfen an: Zum „Dampfablassen" werden die Sailors jeweils für ein paar Tage unter anderem im „Sex-Paradies" des thailändischen Küstenortes Pattaya ausgeladen.

Vor wenigen Tagen trafen dort die ersten sieben Kriegsschiffe mit mehr als 7000 US-Soldaten ein. Zur Vermeidung allzu schlimmer Eindrücke hatte die Marine rund 400 Ehefrauen und Kinder „höherer Ränge" zur Begrüßung eingeflogen. Während diese Gruppe die lange vermißten Familienmitglieder mit Umarmungen begrüßten, gingen ein paar ledige Kriegsschiffer gleich am Landungskai zur Sache: Hunderte von zierlichen thailändischen Prostituierten warfen sich den dollarschweren Kunden in die Arme.

Die thailändischen Behörden erteilten die Landegenehmigung für die US-Soldaten mit gemischten Gefühlen: Einerseits bringen die US-Kriegsschiffe viel Geld allein an Hafengebühren, und für die lokale Wirtschaft ist die Präsenz der US-Soldaten nach einem erheblichen Rückgang der Touristenzahlen im letzten Jahr ein lange ersehnter warmer Regen. Andererseits verschlimmert der amerikanische Massenandrang auch riesige Probleme in der Region: Amtlichen Angaben zufolge sind bereits rund 40 Prozent der Prostituierten der Region mit AIDS infiziert, ausländische männliche „Touristen" suchten sich deshalb immer jüngere „Freundinnen", von denen sie annehmen, daß sie noch nicht erkrankt sind. Große „Nachfrage" bestehe nach oft erst zwölfjährigen Mädchen.

14.5.91 FR

Im Blickpunkt: Straßenschlachten in Brüssel

Rebellion aus dem Getto

Nach schwersten Rassenunruhen in Brüssel während des vergangenen Wochenendes sind am Montag vier junge Einwanderer aus Nordafrika in Haft genommen worden. Drei Nächte lang hatten sich Hunderte von Jugendlichen marokkanischer, tunesischer und algerischer Herkunft mit der Polizei Straßenschlachten geliefert. Mit Eisenstäben bewaffnete maskierte Demonstranten steckten Autos in Brand und warfen Steine. 224 Personen wurden festgenommen. Auf beiden Seiten gab es Verletzte.

Die Unruhen im Zentrum der zur Brüsseler Zone gehörenden Gemeinden Vorst und Sint-Gillis, wo viele Ausländer wohnen, sind nicht unerwartet ausgebrochen. Die Spannung hatte in letzter Zeit rasch zugenommen. Dafür gibt es eine Reihe von Ursachen, wie miserable Behausungen und Arbeitslosigkeit. Auch das Auftreten der Polizei wird als demütigend empfunden. Manche der Jugendlichen meinen sogar, das Leben sei für sie in Brüssel „bisweilen unerträglich". Die Polizei lasse ihnen keine Ruhe und kontrolliere besonders oft den Personalausweis, nur weil sie aus Marokko oder Tunis stammten.

Den unmittelbaren Anlaß zu den Ausschreitungen vom vergangenen Wochenende bildete ein solcher Vorfall, als die Polizei einen jungen Marokkaner auf einem Moped anhielt, weil das Nummernschild unlesbar gewesen sei. Die Polizeibeamten wünschten den Personalausweis des Jungen zu sehen, der sich jedoch geweigert haben soll, der Aufforderung nachzukommen und daraufhin mitgenommen wurde.

In der Nacht zum Samstag zogen ein paar hundert Marokkaner zum Polizeirevier und forderten die Freilassung von zwei Immigranten. Das Gebäude wurde bestürmt, Molotowcocktails flogen, und in der Umgebung wurden zahlreiche Schaufenster zerschlagen. Der angerichtete materielle Schaden ist groß.

In verschiedenen Gemeinden der Brüsseler Zone, wie Schaerbeek, Molenbeek, Vorst und Sint-Gillis leben große Konzentrationen von Gastarbeitern gewissermaßen in Gettos unter erbärmlichen Umständen. In manchen dieser Gemeinden bilden sie mehr als 50 Prozent der Bevölkerung. Nach den jüngsten Ereignissen wird von verschiedenen Organisationen auf die peinliche Lage hingewiesen, in der sich nordafrikanische Jugendliche in Brüssel befinden. Sie haben eine schlechte Ausbildung und sind erwerbslos. Viele suchen abends und nachts ihr Glück auf der Straße. Schon seit geraumer Zeit wird von verschiedenen Seiten vor zunehmenden Spannungen in den betreffenden Gemeinden gewarnt.

Die Behörden und die Politiker beteuern schon seit fast 30 Jahren — besonders wenn Wahlen bevorstehen —, das Ausländer-Problem müsse mit Vorrang behandelt werden. In Wirklichkeit geschieht kaum etwas. Es bleibt bei schönen Worten und vielen Rapporten. Inzwischen ist die Zahl der Ausländer in Brüssel auf rund 200 000 angewachsen, zu denen noch Tausende illegaler Einwohner hinzugezählt werden müssen. Die Verelendung ganzer Wohnviertel schreitet dabei fort. Den jüngsten Gewaltausbrüchen liegen vor allem sozial-ökonomische Probleme zugrunde, die dringend gelöst werden müssen. Hinzu kommen Schwierigkeiten mit der Identität: Die jungen Marokkaner gehören nicht mehr zum Kulturkreis ihrer Eltern, aber auch (noch) nicht zur belgischen Kultur. HERMANN BLEICH

Kurzinformation

projektgruppe

METROPOLEN(GEDANKEN) UND REVOLUTION ?

Texte zur Patriarchats-, Rassismus-, und Internationalismusdiskussion

Allerorten wird zur Zeit von der Krise der Linken geredet. Ohne Zweifel besteht die Gefahr, daß sich die weit verbreitetete Sprach- und Handlungslosigkeit der Linken und Linksradikalen in der BRD zum Dauerzustand entwickelt und die Rolle des Polit-Zuschauers zur Normalität wird. Dem hektischen Aktivismus und der umsichgreifenden Resignation kann jedoch mit einer Reflexion der eigenen Politik entgegnet werden.

Der Sammelband 'Metropolen(Gedanken) und Revolution?' bietet dazu mit Beiträgen zu den Themen Patriarchat, Rassismus und Internationalismus einige Ansatzpunkte, zumal sich die Kritik und Selbstkritik an der Linken durch alle Texte zieht.

Die Zusammenstellung in diesem Buch beinhalt Beiträge von Ingrid Strobl (Die Angst vor den Frösten der Freiheit), Klaus Viehmann u.a. (Drei zu eins-Klassenwiderpruch, Rassismus und Sexismus, NN (Weiße Herrschaft - Rassismus und Imperialismus, Revolutioäre Zellen (Was ist das Patriarchat?) und eine Diskussion zu dem Beitrag der RZ, autonome L.U.P.U.S. Gruppe (Doitschstunde) sowei ein Bildbeitrag zu Kurdistan.

170 Seiten, 14,-DM

Edition ID-Archiv, ISBN: 3-89408-011-6

erhältlich im Buchhandel oder direkt:

Edition ID-Archiv
c/o AurorA Verlagsauslieferung
Knobelsdorffstr.8
1000 Berlin 19
030/3227117

> übern < > tellerrand gelinst <

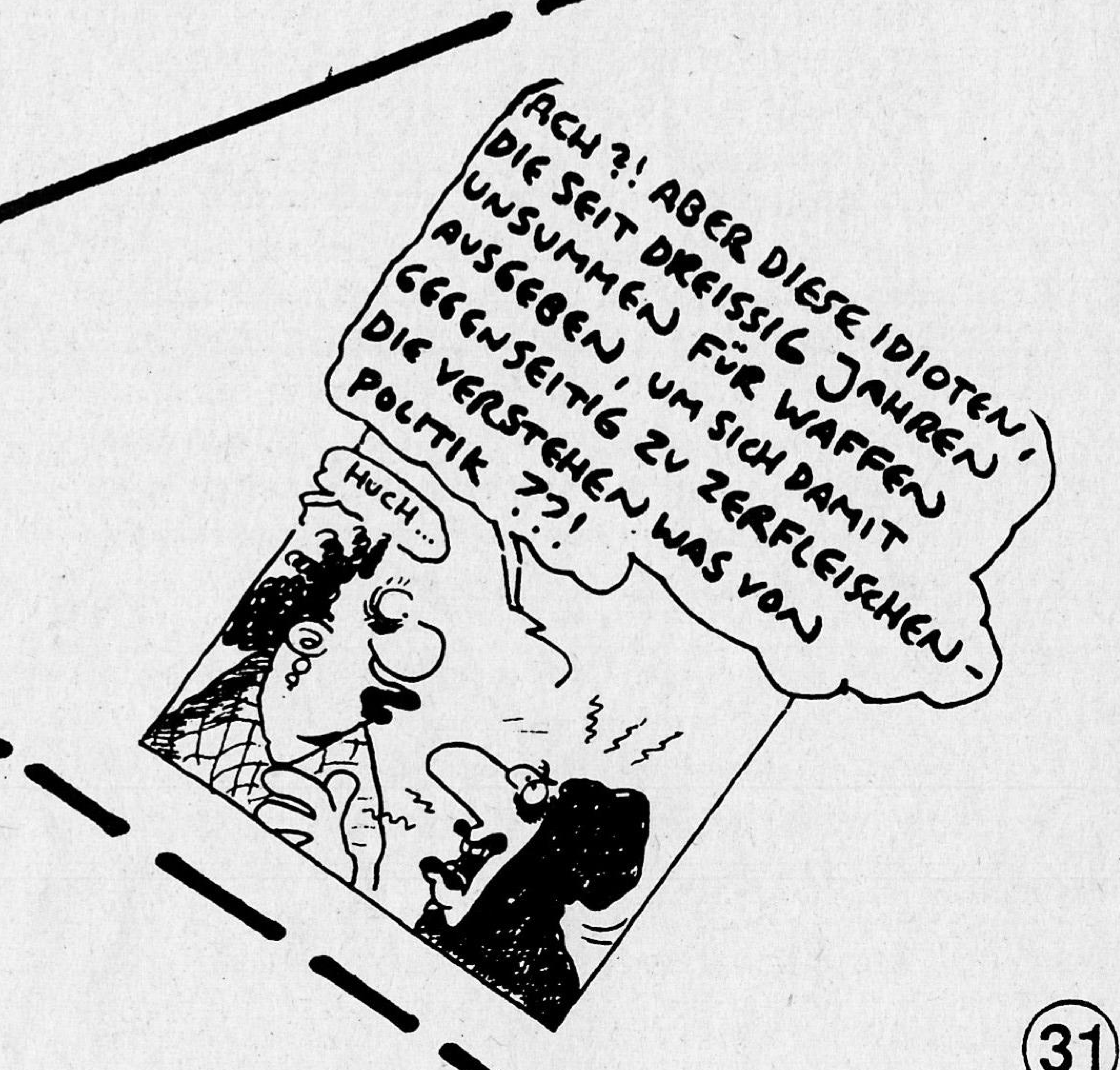
Nachrichten von den ReformistInnen (?):
Geht uns das nicht vielleicht auch was an??
Für interessierte Menschen und autonome
SteuerzahlerInnen dokumentieren wir hier
einen Auszug aus den Nachrichten Nr.1
des "NETZWERKS FRIEDENSSTEUER":

Aktion "NICHT VON MEINEN STEUERN !" zum 1.7. geplant !

Ohnmacht und Wut angesichts des Golfkrieges zu erleben, war für viele ein Schlüsselerlebnis. Wir werden noch lange diese Erfahrung innerhalb der Friedensbewegung aufarbeiten müssen. Daß wir für den Krieg (und für weitere Kriege) zur Kasse gebeten werden, kommt jedoch durch die Steuererhöhungen noch einmal verschärft auf uns zu.
Für den Aufbau einer gewaltfreien Aktion ist es wichtig, zukunftsorientiert zu arbeiten.
Wir planen vom 29.6. bis 1.7.91 Aktionstage unter dem Motto "NICHT VON MEINEN STEUERN!" durchzuführen und bitten alle Gruppen und Organisationen der Friedensbewegung, sich daran zu beteiligen - auf dem Hintergrund ihrer jeweiligen charakteristischen Arbeit. Besonders wichtig ist die Beteiligung von ganz vielen Einzelpersonen, Einrichtungen und Betrieben, die mit der Mitfinanzierung von Krieg und Militär ernsthaft Schluß machen wollen. Die Aktionstage sollen der Auftakt zu einer umfassenden Kampagne zur Befreiung vom Militärsteuerzwang werden: "Kein Mann, keine Frau, keine Arbeit und kein Geld für Krieg und Militär!", das ist unser Fernziel. Wir beginnen damit unsere eigene Mitwirkung infrage zu stellen und der zu widerstehen.

Informationsbüro
NETZWERK FRIEDENSSTEUER
Werwolf 57a
5650 Solingen 1
Tel: 0212-207 700

KEIN GELD FÜR KRIEG



INFO ZUR SITUATION DER POLITISCHEN GEFANGENEN IN SPANIEN NACH IHREM HUNGERSTREIK

Anfang Februar 1991 brachen die Gefangenen aus GRAPo und PCE-r ihren Hungerstreik für ihre Wiederzusammenlegung ab, den sie 14 Monate vorher – am 30. November 1989 – angefangen hatten. Sie konnten ihre Forderung nicht durchsetzen. Alle Gefangenen sind jetzt sehr geschwächt und krank; vor allem die permanente Zwangsernährung, an deren Folgen José M. Sevillano im Mai 90 starb, hat für irreparable Schäden bei den Gefangenen gesorgt.

Die spanische Regierung hat zu keinem Zeitpunkt Verhandlungsbereitschaft erkennen lassen. Im Gegenteil war ihre Strategie die ganze Zeit darauf angelegt, daß es Tote gibt, in dem sie die Bedingungen der Gefangenen immer weiter verschärfte, bis hin zur Kontaktsperre im Dezember 90. Dabei ist die Forderung der Gefangenen – Wiederzusammenlegung in große Gruppen – nichts anderes als die Herstellung des alten Zustands: von 1981 bis 1987 waren die Gefangenen zusammen. Sie wurden ab 1987 auseinandergerissen, weil die spanische Regierung sich den Richtlinien der EG für den Umgang mit Widerstand und politischen Gefangenen anpassen wollte. Ziel war das, zu diesem Zeitpunkt schon in allen westeuropäischen Ländern durchgeführte, deutsche Modell der Isolationshaft durchsetzen, das darauf ausgerichtet ist, die politische Identität der Gefangenen zu zerstören.
Wenn das nicht gelingt – und die spanischen Gefangenen sind nicht bereit ihre politische Identität aufzugeben, ihren Überzeugungen abzuschwören –, sollen sie ganz vernichtet werden. Und selbst jetzt scheint dies das Kalkül der spanischen Regierung zu sein: den Gefangenen wird die notwendige medizinische Versorgung und sogar die Diät-Nahrung, die sie jetzt brauchen, verweigert.

Und das heißt: die spanische Regierung setzt nach wie vor auf Tote.
Im Knastkrankenhaus von Madrid, wo derzeit 5 politische Gefangene einsitzen, von denen drei am Hungerstreik teilgenommen hatten, wird ständig versucht, eine lebensbedrohliche Situation für die Gefangenen herbeizuführen. Ständige Änderungen der Medikamentierung hätten bei einem Genossen fast zu einem Herzstillstand geführt: die Lähmung der linken Körperhälfte eines anderen Genossen, Ramon Foncubierta, wird nicht behandelt. Sein Kleinhirn ist durch den langen Hungerstreik angegriffen, aber die Tests, um herauszufinden, was er hat, wurden auf Anordnung der Knastärztin abgebrochen, weil die Gefangenen mit dem stellvertretenden Direktor gesprochen hatten.
Dem vorausgegangen war ein Versuch der Knastärztin, zwei der Gefangenen in einene anderen Knast zu verlegen. Die Verlegung sollte nicht im Krankenwagen passieren, sondern von der Polizei durchgeführt werden, was Folter für die Gefangenen bedeutet hätte. Die Verlegung fand nicht statt, nachdem der Knast das nicht wollte.

Die ganze Verschärfung gegen die Gefangenen aus GRAPO und PCE-r jetzt nach Abbruch des Hungerstreiks, insgesamt die Verschärfung der Bedingungen für die politischen Gefangenen in den westeuropäischen Knästen, wie sie hier jetzt auch erneut nach dem Angriff aus Rohwedder durchgezogen werden soll, macht das Kalkül der Herrschenden deutlich: sie wollen einen Schlußstrich ziehen unter alle Versuche, fundamentalen Widerstand gegen ihre Politik zu organisieren und eine andere, neue gesellschaftliche Wirklichkeit zu erkämpfen. Die politischen Gefangenen zeigen, daß es möglich ist, auch unter den Bedingungen der Isolation weiter am Ziel festzuhalten und sich nicht brechen zu lassen. Deshalb sind sie jetzt Ziel dieser Angriffe.

Der wirksamste Schutz für die Gefangenen ist ihre Zusammenlegung, ob in Spanien oder hier oder in Frankreich, wo die Gefangenen aus Action Directe seit 4 Monaten in einer Hungerstreik-Kette sind.

Zusammenlegung –

Zusammen kämpfen!

AN PHOBLACHT/REPUBLICAN NEWS vom 21.2.91

IRA - Stellungnahme zu London-Bomben

Die IRA hat die Sicherheitschef verantwortlich gemacht für den tragischen Tod eines Pendlers u. die Verletzung anderer bei den London-Bomben vom Montag (d. 18.2.91), die es auf eine telefonische Warnung hin versäumt hatten zu handeln, trotz einer früheren Explosion, in welcher niemand verletzt wurde.

Polizei-Chef George Churchill Coleman berief sich darauf, daß die Warnung nicht ausreichend Zeit gegeben hatte, die Stationen zu räumen, wenig später wurde allerdings bekannt, daß alle 14 Stationen innerhalb von 15min. nach der 2.Explosion geraumt wurden.

S.2 ganze IRA-Stellungnahme.

"Stationen innerhalb von 15min. geräumt"
IRA gibt Polizei die Schuld fürs Mixtum nach Warnung.

Die zynische Entscheidung des Senior Security Personnel, nicht nicht U-Bahn-Stationen, benannt in Warnungen "aus zweiter Hand" zu räumen, selbst 3 Stunden später, nachdem eine vorgewarnte Bombe in Paddington in den frühen Morgenstunden explodiert war, war direkt verantwortlich für den Unglücksfall von Victoria." Mit diesen Worten verdeutlichte die IRA ganz klar, daß die Entscheidung des Scotland Yard'Anti-Terroristen'Chefs, George Churchill Coleman u. des Chef-Assistent Inspektors Ian Mc Gregor von der britischen Transport-Polizei, nicht die U-Bahn-Stationen zu räumen bei allen gegebenen Umständen, die ihnen bekannt waren, verantwortlich war für den tragischen Tod eines Mannes u. die Verletzung 30 anderer in der Victoria Station am Montag, den 18.2.91.

Die Kette der Ereignisse begann damit, daß IRA-Freiwillige "2 sehr kleine Bomben, wovon jede nur wenige Unzen Explosiv - stoff enthielten", in Paddington u. Victoria Station plazierten. Die erste der Bomben, die von Paddington, war eingestellt auf 4 Uhr 2o morgens, als die Station verlassen war. Gedacht war sie als Warnung für einen nachfolgenden Telefonanruf beim Londoner Transport-Hauptquartier.

2 Stunden 40min. nach der Paddington-Explosion, um 7 Uhr morgens, rief ein Freiwilliger (der IRA) in einer Warnung beim Transport-Hauptquartier an u. sagte, daß explosive Bomben auf zentralen Londoner U-Bahn-Stationen plaziert worden seien. Der Anrufer identifizierte sich selbst als Mitglied d. IRA u. warnte, daß Bomben in den Stationen gelegt worden seien u. in 45min. explodieren würden.

Um 7 Uhr 46 waren immer noch Passagiere in der Victoria Station, als die kleine Bombe dort detonierte. Ein Mann starb u. bis zu 30 andere wurden verletzt, meistens durch umherfliegendes Glas.

KRASSE,OFFENSICHTLICHE LÜGE

Sofort danach begann die Manipulation der Medien. George Churchill Coleman unterrichtete Journalisten, daß ihm nicht ein Faktor bekannt sei, der auf eine IRA-Verwicklung schließen ließe. Dies war eine offensichtliche Lüge, nimmt man sein Wissen von der Telefon-Warnung u. der Infos, die er hatte seit der Explosion 3 Stunden zuvor.

Als die wahre Story langsam rauszukommen drohte, beriefen Coleman + McGregor 'ne Pressekonferenz u. wechselten ihren Kurs, in dem sie sagten, sie glaubten nun, die Bombe sei ein Werk der IRA. Sie gaben dann Details aus der Telefon-Warnung u. fügten hinzu, daß die gegebene 45-min.-Warnung nicht ausreichend gewesen war, um die genannten U-Bahn-Stationen zu evakuieren.

Diese Lüge wurde auch in einem nachfolgenden weiteren Eingeständnis vertreten, daß alle 14 zentralen Londoner Stationen innerhalb v. 15min. nach der Victoria-Explosion geräumt worden waren.

Die IRA schlußfolgerte in ihrer Stellungnahme:
"Auf alle zukünftigen Warnungen sollte reagiert werden."



DER

KRIMINALISIERUNGSRUNDBRIEF

berichtet alle 1 - 2 Monate

über

alle anschlagsrelevanten Themen

- Knast
- 129 a
- Prozesse
- Startbahnwiderstand
- Gentechnik/Frauenbwegung
- Anti-AKW-Kampf
- Antiimp- und autonome Scene
- VS-Aktivitäten
- ...und vieles mehr

ABO: 2o Märker für 4 Ausgaben

1. Umschlag: Vrouwengroep OLW
de Wittenstraat 73
1052 AN Amsterdam
-Holland-

2. Umschlag:

KRIMINALISIERUNGSRUNDBRIEF

von führenden Verfassungs-
schützern empfohlen ......

Wir freuen uns auch über Infos!

Liebe Freunde und Freundinnen,

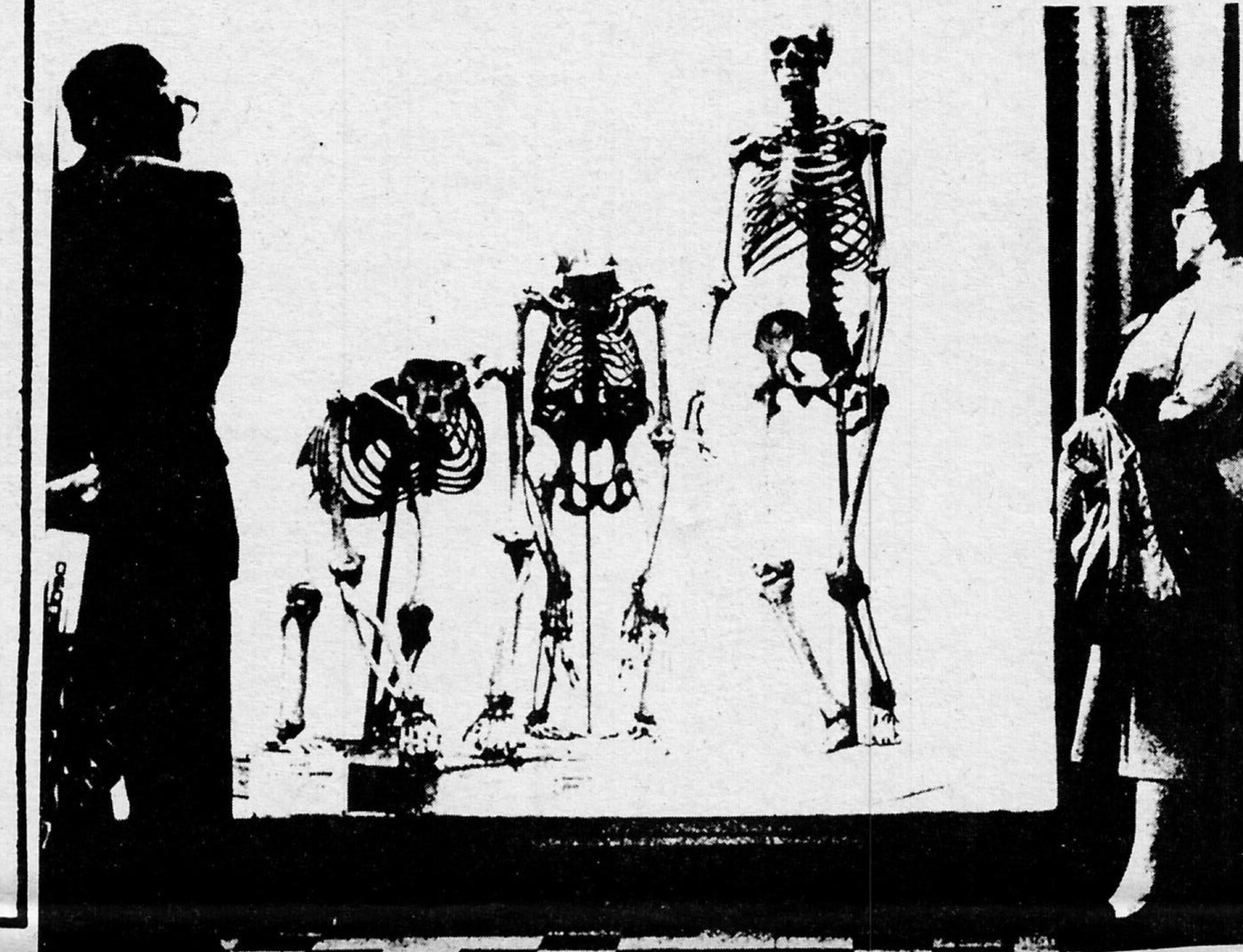
Nach der unfreiwilligen Pause wollen wir die nächste Ausgabe des Kriminalisierungsrundbriefes Nr.30 ankündigen!
Wir versuchen wieder regelmäßig ca. alle 6 Wochen zu erscheinen;
sind aber dabei auf eure Mitarbeit angewiesen.
Wir bitten euch, uns regionale Nachrichten, Diskussionen und praktische Erfahrungen zuzuschicken. Bitte denkt auch daran, daß unser Projekt auf materielle Unterstützung angewiesen ist.
Die Zahl auf dem Adressaufkleber gibt euch Auskunft ob ihr mit eurem Abo auf Stand seid. Falls es Veränderungen gibt, schreibt uns einfach.

Für die Post/ Hier nochmal die Verfahrensweise:

1. Umschlag: Vrouwengroep OLW
de Wittenstraat 73
1052 AN Amsterdam
-Holland-

2. Umschlag: Kriminalisierungsrundbrief

Eure Krimirundbriefredaktion





D I E S E J U N G E N L E U T E V O N H E U T E . . .

donnerstag 16.5.

ab 19 uhr
frauen und lesben tag
umsturz, sparrplatz/
ecke burgsdorfstr.
(u-wedding)

21 uhr
"diesselben hunde,nur
mit anderen halsbändern"
video über die situation
im baskenland
infoladen daneben,
rigaer str. 84,
b-friedrichshain

20 uhr
"moderne zeiten"
video usa
a-laden, rathenowerstr. 22
1/21

freitag 17.05.

17 uhr
"gepresste presse"
video brd/schweiz 83
el locco, kreubzergstr. 43,
1/61

samstag 18.05.

17 uhr
"liebe frauen und blumen"
infoveranstaltung mit video
und dia
el locco

21 uhr
"im herbst der bestie"
video über iwf/weltbank und
die aktionstage dagegen
infoladen daneben

sonntag 19.05.

13 uhr
literatur zum frühstück:
lesung eines textes von
sabiene peters über "orga-
nisiertes zusammenkommen"
(frühstück ab 11)
umsturz

20 uhr
"out of rosenheim"
in original mit engl.
untertiteln
ex, gneisenaustr. 2
1/61

infoladeneröffnung

infoladen bazille
lothringer str. 64
4200 oberhausen 1
Tel: 0208/856326
bzw. 856963

jeden samstag

ab 18 uhr
kiezküche im arcanoa
zossenerstr. 48
1/61

montag 20.05.

ab 11 uhr
frühstück
umsturz

dienstag 21.05.

21 uhr
"sag nicht, es ist
fürs vaterland"
dokumente zur jugend-
politik 33-45
video ddr 90
el locco

19 uhr
"freeze"
video ch vom video-
laden zürich
el locco

21 uhr
"fahrenheit 451"
spielfilm von f. truffaut
infoladen daneben

mittwoch 22.05.

17 uhr
"anarchistische medien"
informations- und diskus-
sionsveranstaltung
el locco

donnerstag 23.05.

19 uhr
fraueninfoabend
(nur für frauen)
el locco

21 uhr
"off our knees"
video über nordirland
infola den daneben

20 uhr
"fabrik 2000"
video und vortrag
a-laden

samstag 25.05.

22 uhr
22 uhr
kiezdisco für den
ermittlungsausschuß
sfe, gneisenaustr. 2
1/61


B 3761